

**Bezugspreis:**  
Hierfür 10.— M., monatlich 10.— M.  
für ins Haus, voraus zahlbar. Post-  
bezug: Monatlich 10.— M., ein-  
zelne Ausgaben. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Österreich 16,50 M.,  
für das übrige Ausland bei täglich  
einmaliger Zustellung 21,50 M. Post-  
bestellungen nehmen an Österreich,  
Ungarn, Tschechien, Rumänien, Däne-  
mark, Holland, Luxemburg, Schweden  
und die Schweiz. — Einzelzettel in  
die Postbestellungs-Preislifte.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonn-  
tagsausgabe „Voll und Zeit“ und der Unter-  
haltungsbeilage „Reinwelt“ erscheint  
wöchentlich zweimal, Samstags und  
Montags einmal.

Telegraphische Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
Die nachgelagerten Anzeigenpreise  
betragen 1,50 M. „Kleine Anzeigen“  
das fertige Wort 1,50 M. (zu-  
wählig zwei fertige Wörter), jedes  
weiteres Wort 1.— M. Stellengelder  
und Schlußzeilen sind das erste  
Wort 1.— M., jedes weitere Wort  
50 Pf. Wörter über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Wörter. Familien-  
anzeigen für Konten bis 1.— M.  
Die Preise verstehen sich einschließlich  
Zweckauslieferung.

Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 8 Uhr nachmittags im  
Druckgeschäft, Berlin SW 68, Linden-  
straße 6, abgegeben werden. Bestell-  
frist von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Amt Woriuplan, Nr. 151 90—151 97

Mittwoch, den 23. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Amt Woriuplan, Nr. 117 53—54

## Ueber 4 Millionen Sozialdemokraten!

### Die Gesamtzahl der Stimmen.

Wir stellen im folgenden die Stimmenzahlen der einzelnen Parteien vom letzten Sonntag — in vorläufiger, nichtamtlicher Zusammenrechnung — den amtlichen Stimmenzahlen derselben Parteien vom 6. Juni 1920, natürlich den im preussischen Staatsgebiet abgegebenen — gegenüber.

Es erhielten Stimmen:

	am 20. Februar	am 6. Juni
Sozialdemokraten	4 171 286	3 282 617
U.S.P.	1 055 923	2 992 922
A.P.D.	1 207 695	1 875 577
Dem.	977 463	1 041 025
Zentr.	2 964 002	2 763 856
D. Vp.	2 268 587	2 252 450
Unab.	2 842 667	2 151 957

Bei dieser Zusammenstellung ist natürlich zu berücksichtigen, daß bei der Wahl am 6. Juni Ostpreußen und Schleswig-Holstein nicht mitgestimmt hatten, so daß die Ziffern vom 6. Juni um einiges zu ergänzen sind.

Betrachten wir die drei sozialistischen Parteien, so ergibt sich, daß Unabhängige und Kommunisten zusammen nur die Hälfte der sozialdemokratischen Stimmen erhalten haben!

Wolffs Bureau macht darauf aufmerksam, daß die Zahlen der vorläufigen amtlichen Feststellung über die Verteilung der Mandate im Preussischen Landtag mit den von ihm errechneten oben wiedergegebenen nicht übereinstimmen. Es ist jedoch im Augenblick nicht möglich, aufzuträgen, wo der Fehler liegt, sondern es müssen erst die endgültigen amtlichen Zahlen abgewartet werden.

### Der neue Reichstag.

Nach den Reichstagswahlen, die nunmehr in Schleswig-Holstein und Ostpreußen vor sich gegangen sind, beträgt die Mitgliederzahl des Reichstags 464 gegen 466 und zwar:

	früher	jetzt	Änderung
Sozialdemokraten	113	108	- 5
U.S.P.	59	61	+ 2
A.P.D.	24	26	+ 2
Demokraten	45	40	- 5
Zentrum	67	68	+ 1
Bayerische D.P.	21	21	—
Bauern-P.	4	4	—
D. Volksp.	66	71	+ 5
D. Vp.	62	65	+ 3
Wellen	5	5	—

Berlin, 22. Februar. (WZB.) Nach den beim Reichswahlleiter eingegangenen vorläufigen Meldungen über das Ergebnis der Reichstagswahlen in den Wahlkreisen 1 (Ostpreußen) und 14 (Schleswig-Holstein) haben die nachgenannten Parteien folgende Stimmen erhalten:

1. In Ostpreußen: die Deutsch-nationale Volkspartei 290 643, die Sozialdemokratische Partei 224 285, die Deutsche Volkspartei 138 794, das Zentrum 88 423, die Vereinigte kommunistische Partei 67 362, die Unabhängige Partei 52 002, die Deutsch-demokratische Partei 51 518, die Polnische Partei 12 175, die Wirtschaftspartei des Mittelstandes 9197. Abgeordnete sind entsfallen auf die Deutsch-nationale Partei 4, die Sozialdemokraten 3, die Deutsche Volkspartei 2, das Zentrum 1 und die Vereinigte kommunistische Partei 1.

2. Im 14. Wahlkreis (Schleswig-Holstein): die Deutsch-nationale Volkspartei 140 354, die Sozialdemokratische Partei 256 227, die Deutsche Volkspartei 127 407, das Zentrum 5413, die Vereinigte kommunistische Partei 41 052, die Unabhängige Partei 20 604, die Deutsch-demokratische Partei 64 230, die Schleswig-Holsteinische Landespartei 25 217, der Schleswiger Verein 4648. Abgeordnete sind erhalten: die Deutsch-nationalen 2, die Sozial-

demokraten 4, die Deutsche Volkspartei 2 und die Deutschen Demokraten 1 Sit.

Durch Verrechnung der Reststimmen im Wahlkreisverbande sind keine Sitze zu beziehen. Durch Verrechnung der Reststimmen auf die Reichswahlvorschläge erhalten noch die Sozialdemokratische Partei 1 Sit (Rechtsanwalt Frank-Darmstadt), das Zentrum 1 Sit, die Deutsch-demokratische Partei 2 Sitze, die Deutsch-nationale Volkspartei 2 Sitze, die Deutsche Volkspartei 1 Sit, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei 2 Sitze und die kommunistische Partei 1 Sit.

Diese Ziffern sind bei der obigen Zusammenstellung über den neuen Reichstag schon berücksichtigt.

### Die sozialdemokratische Fraktion.

Wir geben hier im Zusammenhang die Mitglieder der neuen Landtagsfraktion, soweit sie in Wahlkreisen gewählt sind:

Wahlkreis 1 (Ostpreußen): Otto Braun, Alfred Stamer, Frau Desreicher, Bruno Reumann, Frau Wohlgemuth.  
Wahlkreis 2 (Berlin): Paul Hirsch, Hermann Lüdemann, Gustav Heller, Gertrud Hanna, Erich Kuttner.  
Wahlkreis 3 (Potsdam): Franz Krüger, Friedrich Bartheis, Luise Köhler, Dr. Max Bendiner.  
Wahlkreis 4 (Potsdam I): Wilhelm Siering, Richard Wende, Friedrich Reinke, Konrad Haentisch, Wilm Jahnte.

Wahlkreis 5 (Frankfurt a. O.): Emil Haber, Wilhelm Paegel, Ernst Hellmann, Eugen Bräuner, Wilhelm Schabow, Max Hoffmann.

Wahlkreis 6 (Darmstadt): Erik Herbert, Theodor Hartwig, Christoph König, Wilhelm Schauer, Adolf Deder.

Wahlkreis 7 (Dresden): Gustav Scholich, Georg Srawig, Wilhelm Winter, Theodor Müller, Adolf Thiele, Josef Lona, Berta Lammich, Eduard Gattig.

Wahlkreis 8 (Magdeburg): Hugo Eberle, Otto Triffsch, Otto Buchnik, Frau Dr. Wegscheider, Max Simon.

Wahlkreis 9 (Magdeburg): Frau Bolimann, Martin Reumann, Julius Koch, Ernst Brandenburg, Ernst Wittmann, Georg Biezerowski.

Wahlkreis 11 (Merseburg): Heinrich Wastha.

Wahlkreis 13 (Schleswig-Holstein): Wilhelm Breccour, Hermann Peters, Jrl. Jensen, Max Richter, Christoph Regenfuß, Hermann Thomas.

Wahlkreis 14 (Weier-Ems): Walter Hubert.

Wahlkreis 15 (OH-Hannover): Otto Dellerrich, Karl Gehrmann, Frau Redger.

Wahlkreis 16 (Süd-Hannover): Robert Beinert, Frau Helfers, Karl Stephan, Heinrich Müller, Karl Müller, Karl Schröder, Hermann Schropp.

Wahlkreis 17 (Westfalen-Nord): Karl Severing, Willi Michel, Cornelius Jüngerberg, Wilhelm Schlüter.

Wahlkreis 18 (Westfalen-Süd): Otto Hue, Franz Klupsch, Julius Bräuter, Nikolaus Osterroth, Fritz Hufemann.

Wahlkreis 19 (Hessen-Nassau): Richard Hauschildt, Heinrich Wittich, Frau Ege, Otto Haese, Albert Gezeinstki, Andreas Weber, Eduard Schreiber, August Strand.

Wahlkreis 20 (Rhein-Nahe): August Haas, Frau Köhl, Heinrich Erbes, Frau Schiffgenus.

Wahlkreis 21 (Rhein-Elbe): Valentin Schäfer.

Wahlkreis 22 (Düsseldorf-N): Heinrich Limberg, Karl Haberland, Hermann Reuer.

Wahlkreis 23 (Düsseldorf-West): Wilhelm Schluchtmann, Friedrich Beyerberg.

Da die Genossen Otto Braun, Severing, Beinert, Gertrud Hanna und Frau Hanna Wegscheider auch in Wahlkreisen gewählt sind, werden sie wahrscheinlich dort antreten. An ihre Stelle werden von der Landesliste folgende Genossen treten: Dr. Siegfried Rosenfeld, Rechtsanwalt, Dr. med. Alfred Beyer, Prof. Heinrich Günow, Richard Karotte, Vorsitzender des Reichsbundes der Kriegesbeschädigten.

Da die Ziffern aus den einzelnen Wahlkreisen bisher nicht gleichmäßig einfließen, war es noch nicht möglich, die auf Grund der Wahlkreis-Verbindungen gewählten Genossen mit Sicherheit festzustellen.

## Unnötige Verwirrung.

Zur Diskussion über die Regierungsfrage.

Es ist hier bis heute der Standpunkt vertreten worden, daß alles Berede über die Regierungsbildung in Preußen zwecklos und schädlich ist, solange man nicht weiß, wie stark die Fraktionen des neuen Preussischen Landtags sind und wie sie selber in dieser Frage denken.

Jetzt ist festgestellt, daß die alte aus Sozialdemokratie, Zentrum und Demokratie bestehende Koalition als ganz statliche Mehrheit in den Landtag zurückkehren wird, aber das bedeutet natürlich noch nicht, daß sie deshalb erneuert werden muß. Die Fraktionen lehnen in veränderter Zusammenfassung wieder — es ist möglich, daß sie alle an der alten Koalition festhalten wollen, aber auch ebenso möglich, daß sie alle aus ihr hinauswollen oder ihr Verbleiben in ihr von bestimmten Bedingungen abhängig machen. Das gilt für die Sozialdemokratie genau ebenso wie für die Demokraten und das Zentrum.

Die Fraktionen sind aber noch nicht zusammengetreten, ja, ihre Zusammenfassung ist noch gar nicht einmal recht bekannt, und so könnte man eigentlich darauf verzichten, über ungelegene Eier zu brüten, wenn nicht einige besonders hervorragende Politiker aus dem bürgerlichen Lager sich beeifert zeigten, den preussischen Landtagsfraktionen die Mühe des eigenen Nachdenkens und der eigenen Entscheidung abzunehmen.

Diese Hernorragenden (im Theater sagt man „die Prominenten“) haben, noch ehe der neue Landtag in Aktion trat, ja, noch ehe seine Zusammenfassung bekannt war, eine Zusammenkunft abgehalten, die, um ihre Bedeutung zu kennzeichnen, nach der Reichstagsfeier einberufen worden war, und dort — aber geben wir lieber noch einmal aus dem Abendblatt wiederholt) wieder, was WZB. am 22. d. mittags in feierlichem Amtsstil verkündete:

Heute fand eine Besprechung zwischen den in der Reichsregierung vertretenen Parteien über die durch die preussischen Wahlen geschaffene Lage statt. Es bestand volle Einmütigkeit darüber, daß auf eine Lösung hingewirkt werden müsse, bei der die Regierungen im Reich und in Preußen von derselben Parteikoalition getragen werden. Es wurde vereinbart, daß von diesem Gesichtspunkt aus ein einheitliches Vorgehen der in der Reichsregierung vertretenen Parteien bei der Neubildung der preussischen Regierung angestrebt werden soll.

Es wird nun jedenfalls mit der Sozialdemokratischen Partei in dieser Sache Fühlung genommen werden. Da ist denn von vornherein zu sagen, daß es in der Sozialdemokratischen Partei keine Instanz gibt, die der neu gewählten sozialdemokratischen Landtagsfraktion die eigene Verantwortung abnehmen und Vorbeziehung für sie spielen könnte. Besprechungen müßten also vollkommen unterbindlich bleiben, solange die neue sozialdemokratische Landtagsfraktion nicht an ihnen teilnimmt.

Unter diesem Vorbehalt wäre von hier aus zunächst folgendes zu sagen: Die sogenannte Homogenität der Regierungen im Reich und in Preußen ist ein Vorteil, wenn sie sich manglos ergibt, ein Nachteil, wenn sie gewaltsam, durch Druck und Pressuren, herbeigeführt werden soll. Die Zusammenfassung des Reichstags ist eine andere als die des Landtags; im Reichstag ist die alte Koalitionsmehrheit verschwunden, im Landtag ist sie geblieben, im Landtag wird aber auch das Verhältnis der Parteien zueinander von andern Faktoren bestimmt, weil eben auch die Aufgaben andere sind. Das Reich und Preußen dürfen also nicht wie zwei Rekruten behandelt werden, denen der Kammerhergeant gleich große Rüthen ausstülpt, obwohl sie verschieden große Köpfe haben.

Solche Gleichmacherel um jeden Preis würde den Interessen des Reichs und Preußens wenig entsprechen, desto mehr entspricht sie aber den tatsächlichen Bedürfnissen gewisser bürgerlicher Parteipolitiker. Diese möchten schon längst gerne die Sozialdemokraten in die Reichsregierung hineinbringen, damit sie ihnen einen Teil ihrer Verantwortlichkeit abnehmen, sie möchten aber genau ebenso gern die Deutsche Volkspartei in die preussische Regierung hineinbringen, um dort den bürgerlichen Einfluß gegenüber dem sozialdemokratischen zu stärken. Man müßte also der Sozialdemokratie das Opfer ihres Wiedereintritts in die Reichsregierung zu und bietet ihr als Entgelt dafür — ein paar volksparteiliche Kollegen in der preussischen Regierung, wohl in der Annahme, dies sei es, wonach sie sich bisher am meisten gelehnt hätten.

Der Plan der „homogenen“ Reichs- und Staatsregierung bleibt natürlich ein Kartenhaus, solange die Sozialdemokratische Partei und besonders die hier entscheidende neue Landtagsfraktion auf seine Ausführung keinen Wert legt. Darum hätten die Prominenten besser getan, zunächst einmal die alte leidliche Ordnung bestehen zu lassen, statt eine Konfusion anzustiften, deren Ende noch kein Mensch voraussehen kann.

Seit dem Juni v. J. haben die Reichs- und die Staatsregierung nebeneinander gearbeitet — nicht ohne Reibungen —, aber es ging doch einigermaßen. Dieses nicht ideale, aber doch erträgliche Verhältnis hätte ruhig fortgesetzt werden können, da die Landtagswahlen die Notwendigkeit einer

### Jerusalem geräumt.

Paris, 22. Februar. (WZB.) Nach einer Havasmeldung aus Kairo wird das italienische Detachement, das einen Teil der interalliierten Besatzungstruppen von Palästina bildet, Ende dieses Monats Palästina verlassen. Auch das kleine französische Detachement wird die Stadt Jerusalem räumen.

### Die oberschlesische Abstimmung.

Paris, 22. Februar. Auguste Savvaia sagt im „Journal des Débats“ in Bezug auf den gestrigen Beschluß des Obersten Rates über die Volksabstimmung in Oberschlesien, Ministerpräsident Briand habe weise gehandelt, in dieser Frage nachzugeben. Man dürfe den Deutschen keine Gelegenheit geben, zu behaupten, der Volk sei ohne ihre Zustimmung abgeändert worden. Wenn man die getrennte Abstimmung vorgenommen hätte, hätte man ihnen einen erufflichen Vorwand gegeben, um stets gegen die Dornahme der Volksabstimmung zu protestieren. Außerdem hätte man einen Präzedenzfall gegen den Friedensvertrag geschaffen. „Temps“ behauptet, daß die erste in London getroffene Entscheidung ein ungerechtfertigtes Zugeständnis an

Deutschland bedeute. Durch diese Methode sichere man den Frieden nicht. Die Deutschen hätten gegen die Vorkehrungsmahnahme, die Eingewanderten nicht mit den Einheimischen abstimmen zu lassen, protestiert; sie erhielten nunmehr Genugtuung.

### Album der Weisheit.

London, 22. Februar. (EE.) Die Londoner Konferenz hat beschlossen, ein Weißbuch herauszugeben, das alle Protokolle über die Konferenzen des Obersten Rates enthalten soll. Die Berichte über alle Sitzungen, die seit dem Abschluß des Versailles Friedensstatutanden, sollen darin veröffentlicht werden.

Paris, 22. Februar. (WZB.) Die „Ere Nouvelle“, die Briand nahesteht, veröffentlicht eine kleine Note, in der gesagt wird, es scheine sicher, daß der Ministerrat die Zurückbehaltung der Jahresklasse 1919, die am 29. März entsfallen werden müsse, ins Auge gefaßt habe, im Falle Deutschland die Alliierten zwingen werde, die auf der Pariser Konferenz beschlossenen Zwangsmahnahmen anzuwenden. Das seien Vorkehrungsmahnahmen, die in keiner Weise die öffentliche Meinung beunruhigen dürften. Das Blatt sagt, auch diese Lösung werde ins Auge gefaßt im Hinblick auf die Entwaffnung Deutschlands.



Änderung nicht ergaben. Wenn nun diese Änderung vom Zentrum und den Demokraten doch gewünscht wird, so müssen wir diesen Wunsch respektieren, denn selbstverständlich steht es bei ihnen, ob sie die Koalition in Preußen fortsetzen oder kündigen wollen. Aber ebenso ist es unsere Sache, welche Konsequenzen wir aus einer solchen Haltung der bürgerlichen Mittelparteien ziehen wollen. Darüber dürfte wohl allgemeines Einverständnis bestehen.

Sein oder Nichtsein der „homogenen“ Regierung hängt von der freien Entscheidung der Sozialdemokratischen Partei ab. Denn eine Regierung nur aus Volkspartei, Zentrum und Demokraten wäre in Preußen ebenso eine Minderheitsregierung wie im Reich, aber an dem Tage, an dem man sie zu bilden versuchte, wären auch schon beide Minderheitsregierungen unmöglich. Dann ließe sich die „Homogenität“ höchstens noch dadurch herstellen, daß man im Reich und in Preußen auf die Mitwirkung der Sozialdemokratie — auch auf ihre wohlwollende Neutralität — verzichtete und den antisozialdemokratischen Bürgerblock begründete, der schon längst der Traum der Deutschnationalen ist.

Alles in allem, die Prominenten in der Reichskanzlei haben etwas unternommen, wovon man wohl weiß, wie es anfängt, aber nicht, wie es ausgeht. Quiesca non movere, das Ruhende nicht bewegen, ist wohl auch nicht immer höchste Maxime der Staatsweisheit, aber immer noch besser als zappelnde Bereitschaft, die das unterste zu oberst kehrt. Es ist auch nicht klug, Absichten merken zu lassen, die den andern verstimmen. Vermünftige Leute sollten sich bemühen, alles wieder in die rechte Reihe zu bringen, sonst kann noch der Tag kommen, an dem die „Homogenität“ dadurch hergestellt ist, daß man, statt der verschiedenen Regierungen, die man im Reich und in Preußen haben konnte, im Reich und in Preußen — überhaupt keine hat!

Die „Vossische Zeitung“ brachte in ihrer gestrigen Abendausgabe die Meldung, daß in den Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler Fehrenbach, dem Reichsminister Koch und dem Abg. Stresemann ein Uebereinkommen über die Bildung einer Regierung der Mitte einschließlicher Sozialdemokratie erzielt worden sei. Wie die „Köln. Storr.“ hierzu erklärt, entspricht diese Meldung nicht den Tatsachen. Gegenwärtige Vereinbarungen über Form und Art der Regierungsbildung haben in keiner Richtung stattgefunden.

Die Erklärung ist überflüssig. Es hat wohl kein Mensch angenommen, daß sich die Herren Stresemann und Koch für kompetent halten, über das Verhalten der Sozialdemokratischen Partei bindende Beschlüsse zu fassen. Herr Koch ist eben in diesem Fall nicht „der springende Punkt“.

In parlamentarischen preussischen Kreisen herrscht nach Feststellungen der P.P.R. lebhaftes Bestreben darüber, daß die Parteien der Reichs-Koalition mit überaus starker Eilfertigkeit bereits Dienstag mittag, noch bevor die endgültigen Resultate der Preußenwahlen einen zuverlässigen Ueberblick über die politische Ansicht des preussischen Volkes gewäherten, unter sich die Frage der Neubildung der preussischen Regierung besprochen haben. Die „volle Einmütigkeit“ in dieser Besprechung, auf die ein offizieller Bericht hinweist, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es den dort versammelten Parteiführern als Vertreter einer Minoritätregierung an der Allotlegitimation gefehlt hat, über die preussische Regierungsbildung Richtlinien zu geben. Denn es darf nicht vergessen werden, daß die preussische Regierungskoalition, die bekanntlich anders zusammengesetzt ist als die des Reiches, eine Mehrheit und zwar eine arbeitsfähige Mehrheit erhalten hat, mithin sich die Geheiß ihres Handelns nicht von einer Seite vor schreiben zu lassen braucht, die aus einem nunmehr fortgerückten Wahlergebnis hervorgegangen ist und sich dazu nicht einmal auf eine Majorität stützen kann.

## Chor- und Lied-Besang.

Konzert-Umschau.

In der Geschichte des weltlichen Oratoriums ist Haydn Mittelpunkt und Anfang eines neuen Prinzipiums. Am Ende des 18. Jahrhunderts ging das Schaffen der deutschen Oratorienkomponisten nach zwei Seiten hin auseinander. Die eine Gruppe verfolgte dramatische Ziele und pflegte das Oratorium als geistliches Musikdrama, die andere faßte sein Wesen in sentimental-erregter, handlungsloser Betrachtung. Beide Richtungen schienen berechtigt, beide führten in ihrer konsequenten und einseitigen Zuspitzung zu Herrlichkeiten. Wenn gar zu empfindsamen Dohlen-Oratorien jeder dramatischen Bewegung den Krieg erklärten, so verflochten die wirklich musikalischen Werke (z. B. von Kalle) mit ihrem äußeren Gepräge zu verkappten Opern. Wenn in diesem Bierwälder Haydn's Klangschöpfungen schnellen Weiruf gewannen, den sie bis heute wahren konnten, so kam das, abgesehen von ihrer inner-musikalischen Potenz, daher, daß sie keine Schwaupen und auch keine empfindsamen literarische Betrachtungen waren, sondern in Disposition und Originalität der Anlage, im Kontrast der Stimmungen, in der Abfolge an das Zusammengehörige, Schönlöhne, in der Phantasie ihrer Tonbilder wieder ein freies, echtes Oratorium alten Schlages. Ein Dohlen-Oratorium reinsten Gepräges wäre unserer Zeit, in der musikalische Kraft, Geist, Verstand und Logik über die Einfalt der Gefühlregieren, wahre Erlösung. Was wurde einst von Mozart, Händel von Haydn abgeleitet. Wer aber sieht die Linie der „Schöpfung“ und der „Jahreszeiten“ fort? Friedrich C. Koch nimmt von Telemann und Haydn die Idee seines Oratoriums von den „Tageszeiten“. Er verbindet Tätigkeit und Stimmung des Tages mit stimmungsvollen Betrachtungen über Religion, Welt, Leben, Endlichkeit, und bringt es besonders im dritten Teil zu dichterisch schon geklärten Höhepunkten. Seine Musik, durch Haydn von vornherein verdunkelt, erhebt sich in den kontemplativen Partien im Chor der Nacht, in sämtlichen heiligen Legenden, die stimmungsvoll mit feinerem Chor, der Orgel und Einzelstimmen anvertraut sind zu menschlich schönem Bekenntnis, zu vornehmer Ausdruckskraft. Die Länge und Besänge, die Zwiegespräche sind überlebt oder streifen das Opernhafte. Die Orchesterarbeit wird kaum selbstberühmt, ordnet sich vielmehr, ohne spezifisch zu sein, der ruhigen Geschlossenheit des Wertes unter. Eine Doppelt ist es nicht, eher grenzt es, gerade durch die Freiheit des Jesus-Gefanges an das unweibliche, kirchliche Oratorium. Die Aufführung in der Singakademie befriedigte kaum; selbst chorisch schien das Wert nur gerade korrekt einstudiert. Im Solistenquartett waren die Frauen (Thanner-Offert und Hardt zur Rieden) der stärkere Teil.

Den Chor der Singakademie schlug einige Tage später der Mittelsche Chor, schon durch den jugendlichen Glanz und die Beherrschung seiner Frauenstimmen. Wir schätzen seine Aufführung der missa solennis von früher her und wünschten nur, daß er bei seinem respektablen Material seine Kraft auch einmal an andern Werken erprobt. Auch möchte ich Mittel rufen, das Kriege nicht gegen den Willen der Parität und zum Schaden der Beladungsbewegung in 4 Viertel auszufüllen. Prochtvoll im Zusammenklang war das Quartett Leonard, Werner-Jensen, Kohnmann, Fischer.

## Die Führer des neuen Preußenparlamentes.

Eine Zusammenstellung der neugewählten sozialdemokratischen Fraktion geben wir an anderer Stelle. Was die übrigen Parteien anbetrifft, so sind von anerkannten Führern oder sonst in der Öffentlichkeit bekannten Persönlichkeiten in das neue Preußenparlament gewählt worden:

**Deutschnationale:** Staatsminister a. D. Hergt, a. D. Ofen, a. D. Kries, Professor Kästler, Rektor Lufassowitz, Barrer Koch, Dr. Kaushold, Staatsminister a. D. Wallraf, Hauptschriftleiter Bäcker („Deutsche Tageszeitung“).

**Deutsche Volkspartei:** Garnich, Leidig, Redakteur Bachhorn, Geheimrat Kriege, v. Kardorff, Oberpräsident Dr. v. Richter, Staatsminister a. D. v. Krause, Dr. Biemer.

**Deutsch-demokratische Partei:** Oberbürgermeister Dominicus, Handelsminister Fischbeck, Minister a. D. Defer, Reichsminister a. D. Hugo Preuß, Reichsminister a. D. Schiffer, Staatsminister Dr. Wendorff, Lehrer Hoff.

**Zentrumspartei:** Dr. Am Jahnhoff, Herold, Dr. Borja, Dr. Lauscher, Dr. Heß, Oppenhoff, Gronowitsch, Dr. Jahnender.

**Unabhängige Partei:** Dr. Oskar Cohn, Dr. Theodor Liebnecht, Dr. Wenzl, Walder-Ranasse, Kunert, Rechtsanwalt Obuch.

**Kommunistische Partei:** Adolf Hoffmann, Ernst Meyer, Piek, Ruch, Rohn Wolfstein.

## Letzte Kreisresultate.

Wahlkreis 19 (Hessen-Nassau):

Sozialdemokraten 342 806 (8 Sitze), U.S.P. 52 424 (1), R.P.D. 52 286 (1), Dem. 92 649 (2), Zentr. 194 676 (4), D. Vp. 167 063 (4), Dnat. 177 916 (4 Sitze), Fraktionel. 7617, Christl. Vp. 1093, Mittelst. 8157.

(Wahltagssatz: S.P.D. 504 636, U.S.P. 138 313, R.P.D. 15 498, Dem. 112 713, Zentr. 192 998, D. Vp. 178 934, Dnat. 160 670.)

(Wahlkreis 8 (Eiegeln):

Gesamtzahl der gültigen Stimmen: 568 637. Sozialdemokraten 225 449 (5 Sitze), U.S.P. 10 673, R.P.D. 14 627, Zentr. 50 192 (1), Dem. 53 609 (1), Dnat. 130 013 (3), D. Vp. 67 116 (1), Mittelst. 16 958.

(Wahltagssatz: S.P.D. 155 031, U.S.P. 67 008, R.P.D. 5044, Dem. 71 267, Zentr. 34 712, D. Vp. 69 009, Dnat. 118 520.)

Wahlkreis 16 (Hannover-Süd):

Hannover, 22. Februar. Laut Mitteilung des hiesigen Wahlkommissars ist infolge Doppeltählung des Wahlergebnisses von Osterode eine Nezhählung zustande gekommen. Das amtliche vorläufige Ergebnis für den 16. Wahlkreis (Hannover-Süd, Hildesheim) lautet jetzt: Sozialdemokraten 292 437, Deutsche Volkspartei 133 581, Unabhängige 15 063, Wesen und Zentrum 162 080, Deutschnationale 55 106, Demokraten 32 067 und Kommunisten 24 842.

## Revision im Marburger Prozeß.

Kassel, 22. Februar. (Vg. Drahtbericht des „Borm.“) Gegen die Entscheidung der Strafkammer, die auf Grund des Umstieges des Verfahrens gegen die Marburger Heldenjünglinge einstellte, haben sowohl der Staatsanwalt als auch der Vertreter des Nebenklägers Revision eingeleitet.

## Nicolai gegen den Universitätsrat.

An dem Prozeß, den Professor Nicolai gegen den früheren Rektor und gegen die Mitglieder des früheren Senats der Berliner Universität angehängt hat, steht neuer Termin zur mündlichen Verhandlung vor der 8. Zivilkammer des Landgerichts I am 24. Februar, mittags 12 Uhr, an. Der erste Termin ist bekanntlich nach längerer Verhandlung vertagt worden.

Die Angelegenheit hat vor kurzem Beachtung erregt auch durch die Beschwerde, die der Rechtsbeistand Nicolais, Rechtsanwalt Dr. Ernst E. Schweiger an den Kultusminister richtete und in der

er gegen den Widerstand des jetzigen Rektors die Einsicht der Senatsakten zu erwirken suchte. Ein Bescheid auf diese Beschwerde ist bisher noch nicht ergangen, so daß diese Akten in dem neuen Termin noch nicht des näheren verwertet werden dürfen.

## Betriebsrat und Aufsichtsrat.

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich in seiner Tagung am 21. Februar 1921 erneut mit dem Besetzungsurteil über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat. Die Teilnehmer waren der Auffassung, daß die Bestimmung der Teilnahme „an allen Sitzungen“ des Aufsichtsrates nur bedeuten könne, daß die Betriebsratsmitglieder sich und Stimme in allen Sitzungen haben. In der Frage der Haftpflicht stellte sich der Arbeitgeber auf den Regierungsstandpunkt, daß ihre Beibehaltung für die Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat zwar praktisch ziemlich bedeutungslos, aber moralisch von Bedeutung sei. Die Arbeitnehmer hielten eine solche äußerliche Verschärfung des Verantwortungsgedächtnisses nicht für notwendig, da die in den Aufsichtsrat entsandten Betriebsräte sich ohnehin ihrer Verantwortung für die von ihnen vertretenen Gesamtinteressen bewußt sein würden, und auch für unberechtigt, da die Betriebsratsmitglieder nicht finanziell an dem Unternehmen beteiligt sind.

Bei den Bestimmungen, die die Zahl der in den Aufsichtsrat zu entsendenden Betriebsratsmitglieder und die Wahl angehen, machte sich auf Arbeitgeberseite das Bestreben geltend, das aktive und passive Wahlrecht an eine Reihe von Sicherungen im Interesse der Betriebe zu knüpfen. Die Arbeitnehmer wollten indessen den Wahlkörper nach Möglichkeit verbreitern und auch das passive Wahlrecht unbeschränkt lassen, sowie die Parität von Angestellten und Arbeitern sichern. Die Regierungsvorlage hält etwa die Mitte zwischen beiden Bestrebungen.

Die Gegenstände waren in mehreren Anträgen von beiden Seiten zum Ausdruck gekommen, die häufig mit Stimmeneinheit, immer aber so, daß alle Arbeitgeber auf der einen und alle Arbeitnehmer auf der anderen Seite standen, abgelehnt wurden. Die Regierungsvorlage wurde nur im § 6 auf Antrag T. Hillen mit einem Zusatz versehen, der die partielle Besetzung der Aufsichtsratsplätze und den Schutz von Minderheiten gewährleistet, im übrigen wurde sie unverändert angenommen.

Eine zweite Lesung der Vorlage wird am Montag, den 28. Februar, stattfinden.

Eine seltsame Verlegung. Das Zentralnachweissamt für Kriegsgräber und Kriegsverluste soll vom bisherigen Unterbringungsort Berlin nach Spandau verlegt werden. Bisher befand es sich in der Dorotheenstraße. Dieser Raum wird ihm entzogen, damit dort eine — riesige Heeresbücherei untergebracht werden kann. Dadurch erwachsen nicht nur gewaltige Ausgaben, sondern die vielen Kriegshinterbliebenen und sonstigen Kriegsopter, die sich tagaus, tagein an das Zentralnachweissamt wenden, müssen sich nach Spandau hinauspißern, wodurch ihnen außerordentliche Zeitverluste und Fahrkosten entstehen. Der Einwand, daß das Zentralnachweissamt jetzt in mehreren Gebäuden untergebracht ist, schlägt nicht durch, weil in dem Gebäude Dorotheenstraße ohne Schwierigkeit das ganze Amt untergebracht werden kann. Aus allen diesen Gründen haben der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und der Gewerkschaftsbund der Angestellten sich mit Eingaben an den Reichstag gewandt, in denen die Unsinntigkeit und Schädlichkeit der Verlegung dargelegt wird. Es ist zu erwarten, daß die Abgeordneten, über den wahren Sachverhalt aufgeklärt, die Interessen der Kriegshinterbliebenen den Bählerlebenshabereien von ein paar beschäftigungslos gewordenen Militärs voranzustellen werden.

Kurt Geyer geht nach Moskau. Nach einer Rechnung des kommunistischen „Volksblattes“ in Dresden hat die Zentrale der kommunistischen Partei Sachsens beschlossen, den Genossen Kurt Geyer als Delegierten in das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale nach Moskau zu entsenden. Geyer hat die Reise nach Moskau vor einigen Tagen angetreten und wird etwa zwei bis drei Monate in Moskau bleiben, um dann von einem anderen Genossen abgelöst zu werden.

Schwere Geburt. Nach vierstündigen Verhandlungen mit den politischen Parteien hat der Landeshauptmann in Göttingen Oskar von Sydow heute dem Schwedenkönig erklärt, er sei bereit, die neue Regierung zu bilden.

„Ihr werdet doch dafür sorgen, daß ich nicht aufgefressen werde!“ sagte Ely zitternd zu Tengarone. Sie hatte nicht so sehr vor dem Lobe Angst, aber der Gedanke war ihr schrecklich, daß sie vielleicht aufgefressen würde.

„Rein, du sollst nicht gefressen werden,“ sagte der Kannibale ruhig. „Aber ich kann es nur unter einer Bedingung verhindern, daß du mich heiratest.“

„Ich soll dich heiraten?“ wiederholte Ely erschrocken. „Rein, dann soll ihr mich lieber fressen.“

„Wenn dir das lieber ist, so soll dein Wunsch wahrhaftig erfüllt werden,“ sagte Tengarone mit tüdlichem Lachen. Darauf sperrte er sie bis auf weiteres in seine Hütte.

Gegen Abend schlich sich ein Mann zu ihr hinein.

„Bist du Tengarone?“ fragte Ely schauernd.

„Rein, ich bin Lotu — der kommt, dich zu befreien.“

„Das kannst du nicht. Ich bin mit einer Kette an die Wand gefesselt.“

„Immerhin will ich versuchen, dich zu befreien, um Tengarone zu töten, den ich verabscheue.“

„Aber wie willst du das anfangen?“ fragte Ely leise.

„Ich werde dir einen Arm abschneiden,“ sagte Lotu hastig, indem er ein Messer zog und —

Hier brach die Erzählung ab und an Stelle der erwarteten Fortsetzung los man:

Jeder, der mehr wissen will, braucht nur die Patentschubkeme von I. zu kaufen! Jede Schachtel enthält den Schluß der Erzählung!

Berlin und die Volksbühne. Die Deputation für Kunst und Bildungswesen befaßt, dem Magistrat zu empfehlen, den Verein Volksbühne durch ein Darlehen beim Umlauf des Kröllischen Stabstimmens zu unterstützen. Weiter hat die Deputation beschlossen, der Kommission für das Volksliedbuch 3000 M. zu bewilligen.

Ein Ossand-Ankündiger beschäftigt die Niederländische Handelskammer für Deutschland an der Frankfurter Universität zu gründen. Es soll eine Zentralisierung des Studiums der Niederlande und ihrer Kolonien betreiben. Außer der Klärung von Vorkursungen ist eine niederländische Bibliothek geplant.

Eine halbe Million für das Deutsche Museum. Der Altonaer Ausschuss des hiesigen Landtages bewilligte an Stelle der geforderten 900 000 M. eine halbe Million zur Unterstützung des Deutschen Museums, damit dieses für die Volksschulung unermesslich wichtige Institut weitergeführt werden kann.

Der 20. deutsche Geographentag findet in Leipzig vom 17. bis 19. Mai 1921 statt.

Die erste internationale Konferenz der Kornschwever wird voraussichtlich Mitte März in Paris stattfinden. Beteiligt sind: Deutschland, Holland, Frankreich, England, Belgien, Polen und Rußland. Der Gedanke eines geistigen Bündnisses, sowie die materielle Sicherstellung besonders der naturwissenschaftlichen Kornschwever werden einen besonderen Raum in den Besprechungen einnehmen.

Moskauer Krachpott-Übung. Der Strauß, in der Krachpottin geboren wurde, wird der Namen Krachpottinstraße gegeben, sein Moskauer Wohnhaus als Krachpottin-Wohnung eingetraget, die Staatsbücherei nach Krachpottin benannt, sein Sterbehause in Datschew seiner Familie geteilt und eine Seemannsgabe seiner Beize so reich als möglich veranstaltet.

Amerikanische Reklame. In der „New York Times“ stand eines Tages der Anfang einer Erzählung „Der vergaßerte Baum“ oder „Das goldene Ideal“. Der Inhalt handelte von den Ergebnissen eines Missionars und seiner schönen Tochter auf einer von Menschenfressern bewohnten Insel. Die Kannibalen hatten den Missionar ermordet, und einer der Eingeborenen namens Tengarone, übrigens ein Schüler des Ermordeten, belegte sofort die Tochter mit Beschlag.



Groß-Berlin
Stille Hungerer.

Während die große wirtschaftliche Not der Studenten in der Öffentlichkeit einen Widerhall erweckt hat, der sich bereits zu Hilfsorganisationen für die notleidenden Akademiker verdichtete, ist eine Kategorie „geistiger Arbeiter“ noch heute verurteilt, ein Leben größter Verdienstlosigkeit zu führen, obgleich sie durch ihre gesellschaftliche Arbeit gutes Recht auf eine erträgliche Existenz hätten: die Kategorie der Haus- und Privatlehrer.

Schon im Frieden war ihre Lage geradezu trostlos. Meist rekrutierten sie sich aus minderbemittelten Studierenden, die durch Erteilung von Nachhilfeunterricht eine kärgliche Beisteuer zu dem teuren Studium zu erlangen suchten. Ihre Wirtschaftslage wurde schon damals durch eine Konkurrenz aus zwei Lagern erschwert, suchten doch auch zahlreiche Schüler der oberen Klassen höherer Lehranstalten sowie beamtete Oberlehrer sich durch Erteilung von Privatunterricht eine Einnahmequelle zu verschaffen oder ihr Einkommen zu vergrößern. Die Honorare für die Privatlehrer richteten sich nur zum geringsten Teil nach ihrer geistigen Leistung, vielmehr war der Satz von Angebot und Nachfrage in den meisten Fällen entscheidend. Es kam nicht selten vor, daß sich auf ein einziges Inserat 80 bis 100 Personen zur Unterrichtserteilung bereit fanden, und der glückliche Vater des unterrichtsbedürftigen Schülers brauchte nur einen gegen den anderen auszuspielen, um „das geringste Gebot“ zu erzielen. So kam es vor, daß für einen täglich dreistündigen Unterricht von drei Knaben im Alter von 9 bis 14 Jahren ein Monatshonorar von — 25 M. gezahlt wurde. Das Durchschnittshonorar betrug in den letzten Friedensjahren 90 Pf. bis 1,50 M. pro Stunde. Nicht erwähnt seien die zahlreichen, jederzeit nachweisbaren Fälle, in denen wohlhabende Eltern unterrichtsbedürftiger Schüler die Nachhilfelehrer durch die verschiedensten Manöver, um am Schluß des Monats oder nach Beendigung der Lehrstätigkeit um ihr Honorar zu betrügen suchten.

Im Kriege wurde zwar das Angebot etwas geringer, so daß die Honorare ein wenig stiegen, jedoch mit der Beendigung des Krieges und mit der allgemeinen wirtschaftlichen Depression verschärfte sich die Notlage dieser Kategorie geistiger Arbeiter in der härtesten Weise. Besonders bedauerlich ist es, daß die Nachhilfelehrer sich ungewollt selbst schlimmste Konkurrenz bereiten und einer zum Lohnbrüder des anderen wird. Hier macht sich der Mangel an einer gewerkschaftlichen Organisation in der schlimmsten Weise fühlbar. Bestrebungen zur Bildung privater Vereine, die diesem Unwesen zu steuern suchten, waren zwar wohlgemeint, konnten aber keine Dauererfolge erzielen. Um den Lebensbedingungen einigermaßen zu begegnen, muß ein Zusammenschluß der Privatlehrer auf gewerkschaftlicher Grundlage angestrebt werden; in erster Linie wären Mindestsätze für die Erteilung von Einzelsunden, für Beaufsichtigung sämtlicher Lehrfächer, für monatliche Honorare usw. festzusetzen, die bei Strafe des Ausschlusses aus der Organisation und eventuellen sonstigen Nachteilen nicht unterboten werden dürften. Sodann dürfte eine Rationierung gerechtfertigt sein — die wir allerdings unter normalen Verhältnissen für außerordentlich bedenklich halten —, nämlich die Feststellung zu treffen, daß Personen mit bestimmten Einkünften oder in besonders günstigen Vermögensverhältnissen zur Unterrichtserteilung nicht zugelassen sind. Auf diese Weise würde das Ueberangebot vermindert und die Schmutzkonkurrenz derer, die sich zu ihrer günstigen Vermögenslage noch ein Sonderlosgeld zu verschaffen suchen, ausgeschaltet werden.

Die hier gemachten Vorschläge bedürfen sicher noch nicht das Ideal der künftigen Verhältnisse im Unterrichtswesen, ihre Befolgung dürfte aber zu einer baldigen Milderung der höchsten Not, zu einer freudigeren Auffassung des Berufs für die Privatlehrer und somit zu einer für alle Teile befriedigenderen Gestaltung führen. B. P.

Deutschnationaler „Reigen“-Krawall.
30 Verhaftungen im Zuschauerraum.

Ausgerechnet nach der 60. Aufführung von Schnitzlers „Reigen“ im Kleinen Schauspielhaus in der Hofenstraße hat

gestern auch Berlin noch Wiener Muster seinen „Reigen“-Standal gehabt. Da die Direktion jedoch bereits vor drei Tagen von dem programmäßig eintretenden Standal unterrichtet worden war, gelang es, den Radauelementen mit einem entsprechenden polizeilichen Aufgebot zu begegnen.

Die Vorstellung war gestern abend ruhig verlaufen, als plötzlich während des vierten Bildes der Lärm einsetzte. Die im Zuschauerraum geschickt verteilten Radaumacher — es handelte sich, wie fest-

Genossen u. Freunde der S.P.D.!
Der verklopfene Wahlkampf hat an unsere Klasse große Anforderungen gestellt. Summen, die durch die monatlichen Beiträge allein nicht gedeckt werden können, müssen beglichen werden. Wir fordern Euch auf, die noch im Umlauf befindlichen Sammellisten eifrig zu benutzen. Auch Nichtmitglieder unserer Partei, die mit uns sympathisieren, werden gerne bereit sein, zu den Wahlkosten mitzubetragen. Freiwillige Beiträge sende man an Alex Pagels, Berlin N.W. 40, In den Zelten 23, oder auf Postcheckkonto Nr. 48 743.

gestellt wurde, um Angehörige des trotz Verbotes noch immer existierenden Verbandes deutschnational gesinnter Soldaten und des Deutschen Schuh- und Leinwandbundes — pflüchten und lösteten, wie das Reute ihrer Art so gewohnt sind, und einige warfen Stinkbomben auf die Bühne. Bevor es jedoch zu einem größeren Tumult kam, griffen die für den Fall in Bereitschaft gehaltenen Kriminalbeamten ein und verhafteten etwa 30 der Unruhstifter, während andere, die zu flüchten versuchten, an den von der Schulpöbel besetzten Ausgängen festgehalten wurden. Die ganze laubere Gesellschaft wurde in Lastwagen nach dem Polizeipräsidium gebracht und hier die topfere Tat durch die Nacht gebrülltes „Deutschland, Deutschland über alles“.

Die große Masse des Publikums, die durch den Radau völlig überbrumpelt war, beruhigte sich nach einigen Worten Direktor Stadets von der Bühne herab, und die Vorstellung konnte ohne weitere Zwischenfälle zu Ende geführt werden.

Die Autorajerei.

Zunahme der Strafanzelgen.

In letzter Zeit haben die Klagen des Publikums über die Rücksichtslosigkeit der Kraftwagenführer, durch die Leben und Gesundheit der Passanten aufs Ärgste gefährdet werden, bedenklich zugenommen. Wie wir erfahren, ist die Polizei diesem Unwesen gegenüber nicht untätig geblieben. Da Warnungen und Ermahnungen fruchtlos geblieben sind, ist jetzt tatkräftig gegen diese Verhältnisse vorgegangen worden. Beispielsweise sind von den Aufsichtsbeamten eines einzigen Bezirks gegen 700 Strafanzelgen im Januar gegen rücksichtslose Wagenführer erteilt worden. Leider wird den Beamten bei ihrem Einschreiten seitens des Publikums meist nicht das genügende Verständnis entgegengebracht; die Aufsichtsbüros werden vielmehr in diesen Fällen geradezu in ihrer Tätigkeit behindert. — Im Interesse des gefährdeten Publikums liegt es, die Beamten in jeder Weise zu unterstützen, damit durch ein verständnisvolles Zusammenarbeiten baldigt wieder normale Verhältnisse eintreten, die es dem Fahrgänger ermöglichen, den Fahrdrum ohne Lebensgefahr zu überbrücken.

Die städtische Anschlagssäule.

Unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Koch tagte gestern im Berliner Rathaus der Stadtvorordnete-Ausschuß zur Vorbereitung der Magistratsvorlage über den Vertrag mit der Firma Raud u. Hartmann wegen Übernahme des gesamten Anschlagwesens der Stadt Berlin in eigenen Betrieb und wegen Ankauf der Druckerei von Raud u. Hartmann usw. Die Firma Raud u. Hartmann ist inzwischen von dem Vertrage, der bis zum 17. d. M.

bestätigt war, zurückgetreten und Raud u. Hartmann leben von einem Verkauf ihrer Druckerei ab, womit sich die weitere Vertretung der Vorlage erledigt. Der Ankauf hat jedoch mit sieben gegen sechs Stimmen beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen, trotz der Ablehnung der Firma Raud u. Hartmann nach Ablauf der Verträge mit dieser und anderen Firmen in den Vororten das gesamte Anschlagwesen in der neuen Stadtgemeinde Berlin in eigenen Betrieb zu übernehmen und keine Verpachtungen mehr vorzunehmen.

Eine staatliche Entlassungsanstalt.

Auf Veranlassung der Regierung soll mit Rücksicht auf die Möglichkeit einer erneuten Hochwassergefahr die Entlassung umfassend durchgeführt werden. In Potsdam ist jetzt vom Reichsvermögensamt die ihm unterstellte Garnison-Entlassungsanstalt auf dem Barnstedter Felde für Zivilpersonen freigegeben worden. Die Anstalt, die aus einem großen modernen Baderaum mit Duscheinrichtungen besteht und mit sogenannten „Giftruben“ eingerichtet ist, verlangt für Entlassung einer Zivilperson einschließlich der Kleidungsstücke 3 M. Kopfschlafentgelt will die Anstalt unentgeltlich vornehmen, sofern die Stadt Potsdam die nötigen Chemikalien liefert. Die entstehenden Kosten werden sich für die Stadt nicht zu hoch belaufen und die nächste Stadtverordnetenversammlung wird sich am Freitag mit dieser „lauffigen Sache“ zu befassen haben.

Die Parade der früheren Garde-Maschinengewehrabteilung in Potsdam sind jetzt geräumt worden. Der ganze Komplex mit den großen Beschießparaden ist vom Reichsvermögensamt als Bauhof in Anspruch genommen.

Doppelwohnungen anzeigepflichtig.

Das Wohnungsamt macht darauf aufmerksam, daß Inhaber von mehreren Wohnungen dem zuständigen Wohnungsamt von diesem Sachverhalt unverzüglich Mitteilung zu machen und dabei anzugeben haben, welche Wohnung als ihre Hauptwohnung anzusehen ist. Diese Verpflichtung gilt auch dann, wenn die zweite Wohnung außerhalb Groß-Berlins gelegen ist. Bei Unterlassung dieser Anzeige tritt gemäß XII der Magistratsbekanntmachung vom 15. September 1919 Verhaftung nach § 10 der Bezirksverordnung vom 23. September 1918 ein. Die unterstellten Behörden sind angewiesen, künftig in allen Fällen, in denen eine Unterlassung der vorerwähnten Anzeige festgestellt wird, mit Strenge durchzugreifen und die Eröffnung des Strafverfahrens zu veranlassen.

Die Geze gegen Pfarrer Meier.

Die kürzlich in Berlin tagende Bezirks-Generalversammlung des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer hat den Beschluß gefaßt, zu der nationalsozialistischen Geze, die eine Reihe des Bundeskameraden Pfarrer Meier, Charlottenburg, gehalten in Köln a. Rh., ausgetilgt hat, Stellung zu nehmen. Der Bezirksverband Berlin des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer erklärt, mit den Ausführungen des Kameraden Pfarrer Meier übereinzustimmen und mit dessen Wirkung für Völkerverbrüderung völlig einverstanden zu sein. Die Delegierten der 20 Ortsgruppen der Stadtgemeinde Berlin, die in dem Bezirksverband zusammengeschlossen sind, geben der Auffassung der von ihnen vertretenen Kameraden Ausdruck, daß bezüglich der sogenannten schwarzen Schmach, getreu den Grundsätzen nationalsozialistischer Kreise, einzelne Fälle der- Art nicht in Betracht kommen, sondern daß die Saat des Völkerverbrüderungs und Rassenhaßes in weiteste Volkskreise zu säen.

Der Friedensbund der Kriegsteilnehmer betrachtet es als seine vornehmste Aufgabe, eine Verständigung zwischen den Völkern herbeizuführen und erachtet es als seine Pflicht, gegen jede nationalsozialistische Verbeugung scharfsten Protest zu erheben. Dem verhängnisvollen Wirken deutschnationaler Kreise wird der größte Widerstand entgegengelegt werden.

Das bürgerliche Bezirksamt.

Die Bezirksversammlung des Bezirks XI (Schöneberg-Friedenau) trat zur Wahl der besoldeten und unbesoldeten Mitglieder des Bezirksamts zusammen. Die Vorschläge des Ausschusses fanden durch die Wahl ihre Bestätigung. Der bürgerlichen Mehrheit — sie hat von 60 Mandaten 39 inne — war es ein Leichtes, ihre Kandidaten zu wählen und sie hat ihre Macht auch

Schweres Blut.

Koman von Juhani Aho.

„Na, schlag, schlag mich doch tot.“
„Das kann ich immer noch...“
Jetzt liegt er da... und Juha hat gar keine Hilfe gebraucht, um sich zu rächen... hat dies allein gemacht, wie er alles andere allein hat machen müssen... und wie er es ausgedacht und beschlossen hatte, ohne jemandem etwas zu sagen... das können gleich das ganze Kirchspiel und die Brüder und die Leerdanditen hören... und er macht es, wie man es früher gemacht hat: verriegelt das Haus und legt den Quersaum vor und zündet es an, und jener verbrennt darin... Zeig die Zähne, Wolf, zeig noch einmal die Zähne!... lach, na, weshalb lachst du denn nicht mehr?
Anja war aufgestanden und wollte über die Schwelle in die Stube kommen.
„Weg, hier wird nicht geheult!“ — und er stieß sie rückwärts nach der Tür. Er fühlte, wie ihm die Kräfte wiederkehrten.
„Ihr habt geglaubt, der Juha könne nichts, der Schlenkerfuß, das Krümmbein... du Unverschämter hast es gewagt, sie mir am hellen Tage aus dem Hofgehege zu stehlen — hieltest mich für alt und verkrüppelt, du karelischer Gock, aber du siegst du nun — schling jetzt deine Hand um ihren Hals — lauf, lauf jetzt hinter ihr her, na, dort ist die Tür, geh, darfst gehen! Nimm sie jetzt, nimm sie noch einmal!“
„Ach, was hast du getan, hast ihn zum Krüppel geschlagen — fürs Leben!“ wimmerte Anja.
„Lach das Wimmern... jetzt das Ende!“
Juhans Hand schwang eine Art, die er unter der Bank gefunden hatte. Anja hägte sich an keinen Arm.
„Nein, lieber Mann, schlag ihn nicht tot... was hat er dir Böses getan?“
„Er hat mir mein Einzigstes geraubt...“
Schemmeika hob plötzlich den Kopf, indem er sich mit der gesunden Hand auf die Diele stützte.
„Geraubt?“
„Ja.“
„Ich habe sie nicht geraubt.“
„Du hast sie geraubt, mit Gewalt weggeschleppt!“

„Hast sie dir gesagt, ich hätte sie mit Gewalt weggeschleppt?“
„Das hast du, das hast du!“
„Ich habe sie nicht weggeschleppt, sie hat sich mir selbst am Strand in die Arme gestürzt.“
Juha hob wieder seine Art, aber Anja warf sich vor Schemmeika, um ihn zu schützen, und rief:
„Marja ist ja aus freiem Willen mit ihm gegangen! Sie liebte Schemmeika, mußte ihn beim ersten Blick lieben, und dich verabscheute und haßte sie — sie hat es selbst gesagt! Haßte dich und wünschte sogar, daß du tot wärest!“
„Das hat sie gewünscht? — Das hat sie gewünscht?“
Juha wandte auf der Diele hin und her wie ein Bettentener, die Art hing immer noch in seiner Hand und schlug gegen Tisch und Wände.
„Wenn sie nicht gern mitgegangen wäre, hätte sie dann den Sommer hier mit Schemmeika?“
„Hier?“
„Hier, jawohl auf dem Bette dort!“
Schemmeika hatte sich mit Anjas Hilfe aufgesetzt, mit dem Rücken gegen die Ofenbank gelehnt. Von da rief er, das Gesicht vor Schmerz gekrampft, aber die Lippen von einem spöttischen Lachen verzerrt:
„Sie sagte, sie habe nie früher einen umarmt wie mich —!“
„Sie hättest du niederhauen sollen, nicht Schemmeika!“ rief Anja mit sprühenden Augen und aufgelösten Haaren vor Juha. Hast mir den Einzigen lohm geschlagen, hast ihn von hinten überfallen, Meuchelmörder du! — Jetzt wird er ohnmächtig!“
Schemmeika war auf die Seite gefallen, auf seine zerbrochene Hand, und hatte das Bewußtsein verloren. Anja versuchte ihn aufzuheben, vermochte es aber nicht. Juha war die Art aus der Hand gegliitten, und er stand fassungslos mitten auf der Diele.
„Ich bekomme ihn nicht hoch“, jammerte Anja, wieder in Tränen. — „Warum habe ich dich geweckt, warum habe ich dich nicht schlafen lassen? Ach, wenn ich ihn wenigstens dort auf das Bett bekäme — hilf mir! Hör, hilf du mir!“
Und Juha half Anja Schemmeika weiter hinten in die Stube auf das Schiffbett heben, er am Kopf anfassend, Anja an den Füßen tragend.
„Gib das Rissen dort her.“ — Juha gab es, und Anja legte es Schemmeika unter den Kopf.

Juha stand immer noch wie fassungslos da.
„Geh nun... na, geh doch, Unglücksfeller.“ sagte Anja aufstehend und schob ihn an den Schultern hinaus.
17.
Marja ist am Strand bei dem Boot auf der Landzunge, neben dem großen Steinblock, niedergeduckt wie in einem Versteck, mit dem schlafenden Kind an der Brust, an dem unwirtlichen Strand, wo von dem öden inseligen See die vom rauhen Nordwest bewegte Welle plätschert. Das sichte Schiff schwankt hin und her, und das Erlengestrüpp am Ufer raschelt bald leiser, bald lauter. Die Stromschnelle braust hoch vom Winkel der Bucht herüber.
Juha kommt das Ufer entlang, erregt, mitunter straußelnd. Nachdem er das Boot erblickt hat, eilt er darauf zu. Er sieht juratbar aus, im bloßen Kopf, mit der Mühe in der Hand.
Jetzt schlägt er mich tot — und mag er. Wenn er nur das Kind nicht mordet...
Doch als Juha näher kommt, sieht Marja in seinen Zügen nur grenzenlose Erschöpfung. Aufatmend setzt er sich auf den Stumpf eines umgefallenen Baumes, das Gesicht hart, die Haare feucht, die Stirn voll Schweißperlen, das Kinn schlaff herabhängend.
„Verzeih, wenn du kannst“, sagt Marja.
„Verzeihen...“ In seiner Stimme liegt eine hilflose, verzweifelte Mattigkeit, die Marja klagt wie: Was nützt das noch, wenn ich auch verzeihe.
Dann sagt Juha, wie für sich, immer vor sich hinstarrend, die Stimme ebenso erloschen wie der Blick:
„Du bist nicht mit Gewalt fortgeschleppt worden?“
„Nein.“
„Dir ist keine Gewalt angetan worden?“
„Nein.“
„Bist gern mitgegangen?“
Marja antwortete nicht.
„Weshalb hast du mir das nicht früher gesagt?“
„Ich habe es nicht gewagt.“
Jetzt gesteht sie es, wo sie es nicht mehr leugnen kann und es auch nicht mehr abzuleugnen braucht.
„Hast du gewünscht, daß ich tot wäre?“
Marja bringt keine Antwort heraus. Ein Schluchzen will ihr von der Herzgrube in die Kehle reifen... Sie gesteht also auch das ein? Hätte sie das wenigstens geäußert — obwohl es doch wahr ist.
(Schluss folgt.)



# Der Kasseler Kommunistenprozess

Kassel, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“) Am Dienstag wird die Vernehmung des Schroder fortgesetzt. Das beschlagnahmte Material wird verlesen, darunter auch eine Quittung über 200 Mark, die Lübnitz in Kassel für Nachrichtendienstleistungen bekommen hatte. Lübnitz war damals der Parteiführer der K.P.D. in Kassel. In Schlüsselbüchern finden sich auch verstaubte Telegrammadressen, z. B. heißt: „Lieferung kann nicht erfolgen“ — „Alarm“, andere harmlose Worte heißen Losschläge, Arme z u Ende usw.

Rechtsanwalt Dr. Wolff befürchtet, daß ein Teil des Beschlagnahmten Material nach der Vernehmung von unbefugter Hand in das beschlagnahmte Material eingeschmuggelt wurde. — Staatsanwalt: Ich hatte diesen Vorwurf der Verteidigung erwartet und deshalb das Material wie ein Geier gehütet. — Es wird beschlossen, die Beamten zu laden, die die Beschlagnahme bei Schroder durchgeführt haben.

Gleich darauf wird festgestellt, daß ein Schlüsselbuch, das bei Hardig gefunden worden war, jetzt durch einen Irrtum der Staatsanwaltschaft in das bei Schroder beschlagnahmte Material gelangt ist. Als

## Berliner Leiter der ganzen Organisation

unterschiedet ein gewisser Ewald, über dessen wahren Namen und Existenz tiefes Dunkel herrscht.

Schroder hat in der Vorvernehmung mehr ausgelegt als in der Verhandlung. Es wird daher seine Aussage vom 20. Januar verlesen, aus der hervorgeht, er habe im Januar ausgesagt, die Aufgabe übernommen zu haben, Reichswehr und Sipso zu durchsuchen und illegale Truppen zu bilden, allerdings zur Abwehr.

Schroder, dem die Aussage Hardigs vorgehalten wird, erklärt diese zum Teil für Unsinn.

Rechtsanwalt Wolff: Ich benenne den Regierungspräsidenten von Düsseldorf Kuhnert als Zeugen dafür, daß der Aktionsausschuß von Düsseldorf sich schon nach Erlass der Verordnung vom 20. Mai für den Fall eines Rechtsputzschusses der Regierung zur Verfügung gestellt habe. Daraus geht hervor, daß die Arbeiterschaft der Ueberzeugung sein konnte, daß ihre Abwehrorganisation im stillen Einvernehmen mit der Regierung durchgeführt wurde.

Als bei der Besprechung der Verordnung vom 20. Mai der Staatsanwalt erklärt, der Reichspräsident könne ja die Verordnung ausgeben, wenn er wollte, erklärt Dr. Wolff, daß der Reichspräsident auf dem Standpunkt stehe, daß eine vom Reichstag selbst aufgehoben werden konnte. Der Staatsanwalt hält diese Auffassung für unmöglich, worauf Dr. Wolff dem Vorsitzenden anheimstellt, den Reichspräsidenten als Zeugen zu laden.

Es wird sodann festgestellt, daß das bei Schroder beschlagnahmte Orgeß-Material vom Oberpräsidium in Münster zuerst zurückgehalten worden war, während das Material gegen links sofort dem Staatsanwalt übergeben wurde.

Rechtsanwalt Wolff: Gegen rechts hat also das Oberpräsidium selbst Nachforschungen angestellt, gegen links überließ man das Staatsanwaltschaft. Man ist also gegen rechts und links verschieden vorgegangen. Das Ergebnis davon ist, daß rechts nichts vorgefunden wurde. Ich habe früher schon

## den aus dem Material verschwundenen Aufmarschplan der Orgeß gegen Frankfurt

erwähnt. Ich erwähne noch, daß die Frau des Angeklagten Klingmüller in Düsseldorf vor Wochen von französischen Offizieren darüber vernommen wurde. Es ist möglich, daß französische Offiziere dieser Verhandlung demnächst beiwohnen werden.

Es wird sodann das bei Schroder vorgefundene Material verlesen, aus dem die Ungefährlichkeit dieser militärischen Organisation hervorgeht. Da aber bei dem Material zum Teil jeder Name fehlt, so fehlt auch die Handhabe, um eine Untersuchung einzuleiten.

Es wird sodann der Angeklagte Rabbich, Expedient am kommunistischen „Ruhr-Echo“, vernommen. Da gegen diesen nicht viel Belastungsmaterial vorliegt, stellt der Verteidiger den Antrag auf Haftentlassung. Das Gericht gibt diesem Antrage statt und entläßt Rabbich aus der Haft, worauf die Verhandlung auf Mittwoch vertagt wird.

ohne Scheu ausgenutzt. Während die bürgerlichen Parteien darüber jammern, daß in Westfalen, in denen die Mehrheit aus Sozialisten besteht, solche Magistratsmitglieder, die nicht auf dem Boden der Republik stehen, nicht wieder gewählt werden, läßt sie selbst alle bisherigen Magistratsmitglieder fallen, sobald sie nicht tätige und organisierte Mitglieder ihrer Partei sind. Es wurden gewählt: zum Bürgermeister Stadtrat Berndt, Berlin, Dnail, Stiefvertreter Dr. Mutheims D.D., Schulrat Hansemann D.D., Stadtrat Dr. Gottschalk D.D., Prof. Laffen D.D., Stadtschulrat für Hochbau Beigeordneter Soger Dnail, Weirat für Tiefbau, Dejnern für Wohlfahrtspflege Rob S.P.D., als juristischer Stadtrat Magistratsrat Dr. Gaier D.D. Zu unbescholtenen Beigeordneten wurden gewählt: Müller, Waigle, Dr. Schneider Dnail, Döberg J., Perzberg S.P.D., Dörwald U.S.P., Kay D.D. Ein Antrag betreffend stenographische Aufnahme der Verhandlungen der Sitzungsversammlung wurde einem Ausschuss überwiesen. — Kenntnis nahm die Versammlung von einem Schreiben des Magistrats über die Bildung der Deputationen und vertagte die Beschlussfassung bis zur Arbeitsfähigkeit des Bezirksamtes.

## Die Vorgänge im Schlachthof.

M.B. teilt in letzter Stunde mit: In Zeitungsberichten über das Ergebnis der Untersuchung von Unregelmäßigkeiten im Berliner Schlachthof wird eine Behauptung von Angehörigen des Schlachthofes wiedergegeben, wonach eine Liste von Kunden, die ohne Fleischmarken versorgt wurden, bestanden haben soll, auf der u. a. auch der Reichspräsident mit wöchentlich 35 Pfund Fleischlieferung aufgeführt sei. Diese Behauptung ist, was den Reichspräsidenten anlangt, frei erfunden.

Die Verhandlung über das Disziplinarverfahren gegen Professor Georg Friedrich Nicolai beginnt am Donnerstag, den 24. Februar, mittags 12 Uhr, vor der 8. Zivilkammer des Landgerichts I in der Grunerstraße (Alexanderpl.), 1. Stod. Zimmer 81-83.

Haushaltsführung der Stadtverordneten. Zur ersten Besetzung des Haushaltsplanes des neuen Berlin für 1920 findet am nächsten Dienstag, 1. März, eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung statt. Oberbürgermeister Boeh wird in seiner Eigenschaft als früherer Stadtkämmerer den Haushaltsplan für das dem Ende zugehende Verwaltungsjahr erläutern, der in Einnahme und Ausgabe mit 5,9 Milliarden abschließt und einen ungedeckten Fehlbetrag von rund 400 Millionen Mark enthält. Es handelt sich hierbei um zum größten Teil abgeschlossene Rechnungen, die nur noch für das laufende Vierteljahr Änderungen und Erhöhungen erfahren können, z. B. durch die Erhöhung des Steuerungsanschlages an die Beamten von 50 auf 70 Proz., die für Berlin eine Mehrbelastung von 17 Millionen ausmacht.

Eindrehverfahren eines Vietzenerjüngers. Am Ostbahnhof vor der Halle 3 wurden gestern abend gegen 10 Uhr von Wächtern und Beamten der Schutzpolizei vier junge Burken dabei überredet, als sie bereits die Eingangstür erbrochen hatten, um an die dort lagernden Weisfloorträger heranzukommen. Man brachte sie nach der Andreasmühle, wo bei der Vernehmung des Klebstoffs weitere Eindrehverfahren zutage kamen. So hatten sie bereits Anfang Februar in derselben Halle eingebrochen, fünf Eisenbahnermäntel und ein Paar Schuhe erbeutet und sie verkauft. Bei einer anderen Gelegenheit war ihnen ein Zentner Rubel in die Hände gefallen, den sie ebenfalls zu Gelde machten. Das Haupt der Bande war der vierzehnjährige Bernhard Weich, der sich wohnungslos umherweilt, seit dem Jahre 1914 schon in vier Erziehungsanstalten gewesen und immer wieder ausgebrochen ist.

Die Finanzämter Groß-Berlins erlassen im Inverantteil vorstehender Nummer eine Bekanntmachung betr. den Beginn der Einspruchsfrist gegen die Rotopferveranlagung.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 23. Februar:

- 2. Wkt. Der Jahrelend 1918 heute aus.
- 3. Wkt. abends 7 Uhr Jahrelend bei Gott. Anspendstraße: Gabel, Gsmarschitz, 9. Schögel, Comenius, Ede Thorneer Straße: „Edinger Klaus“, Edinger Str. 48.
- 5. Wkt. abends 8 Uhr bei Widmann, Weidenburger Str. 1. Sitzung der Funktionäre, Betriebsratsversammlung, Elternbeiräte.
- 7. Wkt. Jahrelend in den bekannten Lokalen.
- 8. Wkt. Jahrelend in den bekannten Lokalen.
- 10. Wkt. Jahrelend bei Behrens, Legeler Str. 23; Ullricher, Teplitz Str. 48.
- 11. Wkt. abends 7 Uhr Jahrelend in den bekannten Lokalen.
- 12. Wkt. abends 7 Uhr Jahrelend bei Remanowski, Seefr. 104; Kanbe, Mühlstr. 24; Grommald, Kommerer Str. 18.

## Die Diktatur des Proletariats.

Von Heinrich Cunow.

Bisher hat es in der Literatur an einer systematischen Darstellung der Marx'schen Sozialpolitik gefehlt. Genosse Heinrich Cunow, der seit langem diesem Gebiet sich zugewendet hat, füllt diese Lücke jetzt aus. Sein 1. Band „Die Sozialistische Gesellschaft“ ist erschienen. Ein großer Teil dieses Bandes ist den Sozialisten gewidmet. Von Herodot bis Engel gibt Cunow eine durch Klarheit und Heraushebung des Wesentlichen ausgezeichnete Entwicklungsgeschichte der Staats- und Gesellschaftsauffassung. Erst die letzten Kapitel führen zu Marx und damit mitten in die Probleme von heute. Der hier abgedruckte geistreiche Abschnitt zeigt, wie Cunow bei aller wissenschaftlichen Schärfe sich wieder in dielektische Dialektik einläßt, nach dem Zusammenhang mit einem größeren Zersetzungsziel.

Nach Marx'scher Auffassung wird voraussichtlich zwischen der Eroberung der Staatsgewalt durch das Proletariat und der Durchführung einer sozialistischen bzw. kommunistischen Wirtschaftsordnung ein längerer Zeitraum proletarischer Herrschaft liegen, den Marx als die Periode der „Diktatur des Proletariats“ bezeichnet.

Diese Ansicht ist von den Führern der bolschewistischen Partei in Russland dazu benutzt worden, die von ihnen dort nach dem ungünstigen Ergebnis der Konstituante im Januar 1918 eingeführte Rätediktatur als solche „Diktatur des Proletariats“ zu bezeichnen und sich für ihre Regierungsmassnahmen auf Marx zu berufen. Und von ihnen haben nach der Novemberrevolution des Jahres 1918 wieder die deutschen Kommunisten und der linke Flügel der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei die Forderung und Begründung der Errichtung von Rätediktaturen übernommen.

Besonders hat Lenin, der Haupttheoretiker des Bolschewismus, sich bemüht, in einer „Staat und Revolution“ beitelten Schrift den Beweis zu liefern, daß die russische Rätediktatur nichts anderes sei, als die von Marx angekündigte „Diktatur des Proletariats“. Indem er auf die im kommunistischen Manifest enthaltenen Sätze über die Ergreifung der Staatsgewalt durch das Proletariat und die Ueberführung der Produktionsmittel in den Besitz des Staates Bezug nimmt, führt er aus, daß das Proletariat, nachdem es sich vermittelst der Revolution der Staatsmaschinerie bemächtigt habe, zunächst die erlangte staatliche Repressionsgewalt dazu anwenden müsse, den alten Staat zu zerbrechen, d. h. dessen Institutionen zu demolieren und an die Stelle der alten Regierungsform die Diktatur des Proletariats zu setzen, um vermittelst dieser dann die kommunistische Wirtschaftsordnung durchzuführen. Bei diesem Vorgehen braucht das Proletariat, wenn es für seinen Zweck nötig scheint, keineswegs die Regeln der bürgerlichen Demokratie zu befolgen unter Respektierung des Prinzips, daß die Minderheit sich dem Willen der Mehrheit unterzuordnen hat. Die heutige kapitalistische Demokratie sei gar keine Demokratie im proletarischen Sinne; erst wenn der Widerstand der Kapitalisten gebrochen und die Klassen verschwunden sein werden, also eine gewisse wirtschaftliche Gleichheit hergestellt wäre, sei wirkliche volle Demokratie möglich.

Zum Beweise dafür, daß diese Auffassung auch von Friedrich

- 16. Wkt. (Mittelst.) abends 7 1/2 Uhr in den Gumbertus-Sälen, am Zeughausplatz, Ede Kaiser-Friedrich-Strasse, Abteilungsverammlung.
- 17. Wkt. (Mittelst.) abends 7 1/2 Uhr bei Tempel, Legationstr. 14, Ede Zeughausplatz, Sitzung der Funktionäre, Betriebsratsversammlung und Reichspräsidenten. Alles abbrechen!
- 18. Wkt. (Mittelst.) abends 7 1/2 Uhr bei Ede, Charlottenburger Str. 3, Sitzung der Funktionäre.
- 19. Wkt. (Mittelst.) abends 7 1/2 Uhr in der Aula, 3. Gemeindefaule, Gettenallee, Mitgliederversammlung.

## Morgen, Donnerstag, den 24. Februar:

- 1. Wkt. (Kriegsgassen). Aus „Vorwärts“-Agitation treffen sich die Genossen abends in den bekannten Lokalen.
- 2. Wkt. Ausgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 3. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 4. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 5. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 6. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 7. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 8. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 9. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 10. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 11. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 12. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 13. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 14. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 15. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 16. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 17. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 18. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 19. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 20. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 21. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 22. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 23. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 24. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 25. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 26. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 27. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 28. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 29. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 30. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 31. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 32. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 33. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 34. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 35. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 36. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 37. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 38. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 39. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 40. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 41. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 42. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 43. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 44. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 45. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 46. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 47. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 48. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 49. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 50. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 51. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 52. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 53. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 54. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 55. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 56. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 57. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 58. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 59. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 60. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 61. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 62. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 63. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 64. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 65. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 66. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 67. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 68. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 69. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 70. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 71. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 72. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 73. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 74. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 75. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 76. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 77. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 78. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 79. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 80. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 81. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 82. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 83. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 84. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 85. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 86. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 87. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 88. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 89. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 90. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 91. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 92. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 93. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 94. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 95. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 96. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 97. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 98. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 99. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.
- 100. Wkt. Abgabe des Agitationsmaterials bei Hilde, Bergmannstr. 89, von 5 Uhr ab.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Seine Turnerische Verbindung - Friedrichshagen. (Mitglied des K.V.-B.) Donnerstag, den 24. Februar, 8 Uhr, in der Schulaula Posthaus, Elternabend, Eintritt 1 M. Kaffeekostung 3 Uhr. Turnerische Vorführungen, Musik, Regalitäten. — Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgenossen, Gruppe R. 2. Versammlung 8 Uhr im „Berolina-Saal“, Schönhauser Allee 7.

## Aus aller Welt.

15 Salariausvergiftungen. Der Oberarzt des Krankenhauses in Wiesbaden, Dr. Geronne, hat laut V. P. R. fünfzehn Fälle von Salariausvergiftung der Leber erlebt, darunter zwei tödliche. Statistisch können auf 100 Salariausbehandelte fünf Lebervergiftungen, Dr. G. ist der Ansicht, daß nur das Salariaus an diesen schweren Zufällen schuld war.

Zum Tode verurteilt wurde vom Volksgericht der verheiratete Maurer Adam Behler aus Nürnberg, welcher seine Geliebte, die ledige Arbeiterin Abba Pijinger, weil sie vermeintlich von ihm in anderen Umständen war, auf einer Hanstertort im Walde bei Neustadt ermordet hatte. Die Sektion der Leiche ergab, daß eine Schwangerschaft nicht vorgelegen hat.

## Sport.

Für das Frauenschwimmen. „Das Schwimmen ist der einzige Sport, in dem die Frau mit dem Manne erfolgreich konkurrieren kann, denn die robuste Kraft des letzteren wird durch den leichten Knochenbau und andere Abweichungen des weiblichen Körpers ausgeglichen.“ So ungefähr drückte sich Prof. Dr. Bissebrand-Stöckholm in einer Vorlesung „Zur Physiologie des Schwimmens“ in der Deutschen Hochschule für Leibesübungen aus. Die Vorlesung litt leider unter schlechter Projektion der mit vielem Fleiß zusammengetragenen Unteregebnisse, so daß ein großer Teil der Anwesenden den Zusammenhang verlor. Jedenfalls verdient der eingangs zitierte Satz in weiten Kreisen der weiblichen Arbeiterbevölkerung verbreitet zu werden. Alle Schwimmvereine des Arbeiter-Wasserport-Bundes (A.W.B.) haben Frauen- und Mädchenabteilungen, die auch Nichtschwimmerinnen in die Geheimnisse und Freuden der Schwimmkunst einführen.

Engels geteilt worden ist, beruft sich Lenin auf einen Brief von Engels an Bebel, in welchem ersterer den Gothaer Programm-entwurf kritisiert. Engels rügt dort den im Entwurf enthaltenen Ausdruck „freier Volksstaat“ und fügt hinzu: „Der Volksstaat ist uns von den Anarchisten bis zum Ueberdruß in die Zähne gemorren worden, obwohl schon die Schrift von Marx gegen Proudhon und nachher das kommunistische Manifest direkt gegen die Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Staat sich von selbst auflöst und verschwindet. Da nun der Staat doch nur eine vorübergehende Einrichtung ist, deren man sich im Kampf, in der Revolution bedient, um seine Gegner gewaltsam niederzuhalten, so ist es purer Unsinn, von freiem Volksstaat zu sprechen: solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen. Wir würden daher vorschlagen, statt Staat „Gemeinwesen“ zu setzen, ein gutes altes deutsches Wort, das das französische „Commune“ sehr gut vertreten kann.“

Dem äußeren Anschein nach kann freilich aus dieser Engels'schen Äußerung geschlossen werden, auch Engels wolle sagen, die Arbeiterklasse solle nach der Anbeführung der Staatsgewalt auf die Anwendung demokratischer Regierungsformen verzichten. In Wirklichkeit aber handelt es sich nur um eine Zurückweisung des Ausdrucks „freier Volksstaat“; denn nach der Ansicht von Engels gibt es einen solchen „freien“ Staat nicht, solange noch die kapitalistische Produktionsweise herrscht.

Für Lenins Auffassung, das Proletariat könne ohne Rücksicht auf demokratische Grundzüge nach Belieben diktatorisch verfahren, beweist demnach die Engels'sche Äußerung nicht das geringste. Leider haben sich weder Marx noch Engels ausführlich darüber geäußert, wie sie sich die Diktatur des Proletariats denken; aus einzelnen Äußerungen läßt sich aber immerhin ihre Ansicht ziemlich deutlich erkennen.

Zunächst muß festgestellt werden, daß Marx und Engels die Frage, ob, wenn eine Minderheit des Proletariats sich der politischen Gewalt bemächtigt, sich diese Minderheit zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft terroristisch-diktatorischer Maßnahmen bedienen darf, überhaupt nicht in Betracht gezogen haben. Für sie handelt es sich im kommunistischen Manifest nicht um einzelne Teile oder Parteien des Proletariats, sondern um das Gesamtproletariat. Sie nehmen an, daß die proletarische Bewegung schnell immer mehr anwachse, die große Masse der Bevölkerung hinter sich bringt und erst dann, wenn sie zur entscheidenden Mehrheit geworden ist, dazu schreitet, sich der Staatsmaschinerie zu bemächtigen. Deshalb heißt es auch schon im kommunistischen Manifest:

„Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten, aber im Interesse von Minoritäten. Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl.“

Nach Marx'scher Ansicht wird das Proletariat erst zur Herrschaft gelangen, wenn es bereits die große Mehrheit der Bevölkerung umfaßt. Ist das aber der Fall, dann braucht es nach Erlangung der Macht gar nicht darauf zu verzichten, demokratische Regierungs-

formen anzuwenden. Im Gegenteil, dann wird die Benutzung solcher Formen seiner Herrschaft nur nützen und sie vor aller Welt legitimieren. Deshalb vermag die proletarische Mehrheit, wenn sie durch die Revolution in den Besitz der Staatsgewalt gelangt ist, auch nichts Besseres zu tun, als demokratisch zu regieren; d. h. solche Institutionen zu schaffen, die den Mehrheitswillen zum Ausdruck bringen. Die Marx und Engels annehmen, wird daher das Proletariat auch in der Revolution alsbald dazu greifen, die Demokratie herzustellen. Ganz unmißverständlich heißt es im kommunistischen Manifest:

„Wir haben schon oben, daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erklämpfung der Demokratie ist.“











# Ein Schulprogramm.

Von Paul Debreich.

Die Provinzialverbände der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands“ hatten den Auftrag, Richtlinien für die einzelnen Teile des Schulprogramms der S.P.D. aufzustellen. Auf der Weihnachtsfeier der Arbeitsgemeinschaft wurden diese Entwürfe einer ersten Sichtung unterworfen und die Gesamtprogramme von Berlin und Hamburg als gleich wertvolle Grundlagen erklärt, der eine mehr den inneren Aufbau berücksichtigend, der andere besonders den Eigenwert der Jugend, die Schule als Stätte der Jugendkultur betonend. Es wurde als erwünscht erklärt, die Berliner und Hamburger Gedanken und Formulierungen zu verschmelzen, um dann dem Parteiprogrammausschuß einen Einheitsentwurf vorlegen zu können. Das erscheint sehr möglich. Der Gedankenwurf, der den agitatorisch in der Landtagswahl tätigen Genossen jetzt vielleicht recht wertvoll sein kann, würde — in stroffen Zügen — dann etwa so aussehen:

## I. Kritik und Aufgabe.

Wie der heutige Staat, so ist die heutige Schule ein Instrument der Ausbeutung zugunsten der durch den Besitz herrschenden Gesellschaftsschichten. Die Klassencheidung bestimmt ihren äußeren Aufbau wie ihre innere Gestaltung: Autorität, Drill, Uniformierung. Die Anlagen und Kräfte der Jugend werden nur dürftig entwickelt. Die Schule verlor den Zusammenhang mit den schöpferisch gestaltenden Kräften, sie hemmt die Daseinsfreude der Jugend, sie erreicht nicht die höchste persönliche und gesellschaftliche Leistungsfähigkeit ihrer Zöglinge, sondern schuf Vorrechte und „Berechtigungen“ als Schuttmittel bestimmter „besserer“ Gesellschaftskreise.

Wahre und weisheitliche Bildung und Kulturstätte kann die Schule erst nach Eroberung der politischen und wirtschaftlichen Macht durch die Arbeiterklasse werden. Nach Bergesellschaftung der sachlichen Produktionsmittel kann und wird sie die Schulerziehung zur höchsten und verantwortungsvollsten gesellschaftlichen Aufgabe machen. Sie wird weder Spaltungen der Schülerschaft nach Stand, Klasse, Besitz, Konfession und Geschlecht noch eine Schichtung der Lehrerschaft nach „Vorbildung“ und Standesbündel dulden. Die sozialistische Schule baut sich auf gemäß den körperlichen, geistigen und sittlichen Anlagen und Kräfte der Jugend und den gesellschaftlichen Bedürfnissen. Sie zieht alle Mittel pädagogischer, psychologischer und soziologischer Wissenschaft heran, um die Erziehung der Massen, die Entwicklung der Kräfte in breiterer Front zu fördern.

Wirtschaft und Schule müssen in engen Zusammenhang gebracht werden, um den erreichten Kulturzustand in seinen wirtschaftlichen Grundlagen zu erhalten und darüber hinaus zu neuen Produktions- und vollkommeneren gesellschaftlichen Daseinsformen vorzubringen.

Deshalb muß die sozialistische Schule vor allem eine wahre Arbeitsschule sein, die durch Arbeit zur Arbeit erzieht, die auch in unmittelbarer Betätigung am materiellen Stoff, durch Handhabung der Werkzeuge Menschengeist und Menschenkraft wachsen läßt; geistige Ausbildung und materielle Produktion seien verknüpft. Statt der Schulstunden mögen nach natürlicher Begabung und Neigung gebildete Arbeitsgemeinschaften, Quellen eines neuen Gemeinschaftsgeistes, treten. Zwischen der Schule als Ausbildungsstätte schöpferischer Kraft im Kinde, als Ort der Forschung, der Kunst, des darstellenden Gewerbes und der Arbeit in Akademie und Lehrwerkstatt besteht kein Unterschied; selbes Teile der Gesamtkultur des geistig schaffenden Volkes.

## II. Kind und Schule.

Die Bildungsaufgabe der Schule ist die Herausformung des sozialen Menschen als der wichtigsten Voraussetzung für die Erneuerung der Völker. Aus dem Kinde soll ein unvorüblicher und unerbäuerlicher Mensch werden. Darum ist seine Menschenwürde stets zu achten; dazu muß die Schule, als eine Gemeinschaftsstätte ins Volkselement erhoben, die Lebensstätte der Jugend werden, nicht von der Gesellschaft losgerissen, sondern ihr glückliches, lebendiges Glied.

Die Schule sei der Weg des Kindes zu sich selbst. Vornormen „Ziele“, festgelegte Wege der Erziehung bedrohen die Selbstfindung des Kindes. Deshalb muß die Schule frei von jedem Gefinnungszwang, unpolitisch und unklügelich sein: Stätte freier und freier Menschentums. Der Gedanke der Unversehrtheit des Kindes hat die Schule zu beherrschen; sie hat nicht das Leben zu unterbrechen, sondern zu erfüllen.

## III. Lehrer und Schule.

In dieser Arbeitsgemeinschaft ist der Erzieher Führer, Helfer und Berater, seine Autorität gründet sich auf seine Befähigung und die innere Zustimmung der ihm Anvertrauten. An Stelle des durch Rang, Stand und Titel getrennten Lehrerstandes tritt gemäß der Gleichwertigkeit der pädagogischen Aufgabe ein auf allen Stufen innerlich verbundenes, sozial gleichwertiges Erzieherium, das mit höchster geistiger und sittlicher Bildung praktische Befähigung verbindet. Im Zukunftslernen muß der Gegensatz von Kopf- und Handarbeit aufgehoben sein. Die Kunst der Menschenbildung und Menschenführung verbindet er mit der Fähigkeit zur Bestellung des Bodens, zum Gebrauch des Handwerkszeuges, zur Bedienung und zum Bau der Maschinen.

## IV. Der Aufbau.

Die allumfassende, durch ihren elastischen inneren Aufbau allen Individualitäten gerecht werdende Gemeinschaftsschule der Zukunft macht die jetzige Sonderung in Volls-, Mittel- und höhere Schulen überflüssig. Die Mannigfaltigkeit der menschlichen Veranlagungen und Entwicklungen, der wirtschaftlichen und sozialen Umstände verbieten jede Storrheit und Einformigkeit der Organisation. Das sturende Leben selbst hat sie gemäß den örtlichen Möglichkeiten zu gestalten.

Dem für alle verbindlichen Kindergärten folgt die Volksschule. Sie vollzieht die Emporbildung aller dem Kinde eigenen Kräfte, bis Reife, Fähigkeit und Willen eine bestimmte Lebens- und Berufsrichtung sicher andeuten, in den meisten Fällen nach der etwa im 16. Lebensjahr erreichten Pubertät. Bis dahin beherrscht deutsches Kulturgut die Schulung; fremde Sprachen werden nach Neigung und Bedürfnis in besonderen Arbeitsgemeinschaften gepflegt. Ein Stamm von Bildungsjahren ist für alle verbindlich; daneben treten später Arbeitsgemeinschaften intellektueller, praktischer, künstlerischer Art. Durch die Wahlfreiheit der Reifejahre ist die Einstellung nach Berufsrichtung und -kraft jederzeit gewährleistet. In der Kernbildung aber stimmen die Schulen überein soweit überein, daß beim Ortswechsel nur eine Veränderung in der Beteiligung an wahlfreien Fächern in Betracht kommt. Schnellere Fortschreiten bleibt unverwehrt.

Die Gesamtschule ist horizontal gegliedert. Sie geht von dem in jedem Dorf zu errichtenden Kindergärten aus. Die höheren Schulen für die späteren Lebensjahre werden in zentral für stets weiter zu umgrenzende Schulbezirke gelegenen Orten in solchen Entfernungen einarrichtet, daß sie mit Hilfe entwickelter Verkehrsmittel für die Schüler erreichbar bleiben, ohne sie der Familie zu entziehen.

Vom 16. Lebensjahre ab stellt die Berufsschule die Berufsbildung praktisch und theoretisch in den Mittelpunkt und fördert von da aus die Menschenbildung; das volle Leben dringt in die Schule. Die Ausbildung erfolgt in zeitgemäß ausgestatteten Lehrwerkstätten und -werkstätten. Die Schulung geht vor allem auf die eigenständigen Bewältigung typischer Berufsaufgaben aus.

Die Hochschule öffnet nur denen ihre Tore, die sich auf der Berufsschule als die Höchstbefähigten erweisen. Auch jeder andere kann, wenn er einen Beweismittel nachweist, nach später die Hochschule besuchen. Der freien Fortbildung aller übrigen dient

die Volkshochschule. — Für die persönliche und gesellschaftliche Erziehung abnormer Kinder bestehen besondere Einrichtungen. — Die Ausbildung der Jugend ist auf allen Stufen einheitlich.

## V. Die Selbstverwaltung der Schule.

Die volle Selbständigkeit des Schul- und Bildungswesens ist zu fordern, der Geist der Selbstverwaltung hat es zu durchbringen und zu erneuern. Der Staat ist nur Schutzherr der Selbstverwaltungskörper.

Alle Schulen eines Landbestandes, die nötig sind, die verschiedenen Begabungen zu entwickeln, die zu Fach-, Kunst- und Hochschulen hinaufzuführen, bilden eine Schuleinheit, die Schulengemeinschaft. Der durch Wahl aus Lehrern, Eltern, Schülern und Regierungsvertretern zusammengesetzte Schulrat einer Schulengemeinschaft bestimmt, unter Rücksichtnahme auf die Eigenart der Einzelschule, die Grundformen, äußeren Bedingungen und inneren Beziehungen des Schullebens. Die Schulengemeinde strebt zur Kulturgemeinde, in der Familie, Gemeinschafts- und Gemeinleben einander bereichern, vertiefen und ergänzen.

Die Schulkammer als Vereinigung der Schulräte aller Schulengemeinschaften ist der oberste Ausdruck des Erziehungs- und Bildungswesens der Öffentlichkeit.

Die Vertreter der Schulkammer, der akademischen Forschungs- und Bildungsanstalten, sonstiger Volkshochschulungsanstalten und der Regierungen bilden den Landes- (Reichs-) Schulrat. Er vollzieht den Ausgleich geistigen Lebens. Sein Präsident ist Mitglied des Reichsministeriums des Innern.

Die Hochschulkammern bestehen aus Lehrern, Hörern, Vertretern der Regierung und wichtiger Arbeitsgebiete des öffentlichen Lebens. — Oberbehörden, Provinzialbehörden, Kultusministerien sind Verwaltungskörper, Hüter der Reichs- und Landesbehörden.

## VI. Die Schule zum Volk.

Lebensvoll geordnet sind die Schul- und Bildungsanstaltungen der Gesellschaft die natürliche Stätte ihrer Verjüngung. Die Jugend lebt nicht mehr einlam und unglücklich neben der Gesellschaft, sondern durchdringt sie von unten her in allen ihren Teilen und Gliedern.

## Wo bleibt das Jrenrechtsgesetz?

Uns wird geschrieben: Bald nach der Revolution, noch im November 1918, gaben auf Anfrage von Berufener Seite der Rat der Volksbeauftragten, der damalige preussische Ministerpräsident Ehrlich und Minister von Einzelstaaten die schriftliche Erklärung ab, daß eine Reform des Jrenrechts in der nächsten Zeit in die Wege geleitet werden müsse. Genosse Ehrlich sprach auch von der Absicht, eine Konferenz von sachkundigen Juristen und Richtern einzuberufen. Er übertrug am 6. Mai 1919 die Angelegenheit zuständige Stellen an das eben neugebildete, aber zu dieser Zeit noch nicht gesetzlich genehmigte Wohlfahrtsministerium. Nach der Entlassung des Ministeriums wurde in ihm ein eigener Referent für Jrenrechtswesen bestellt, zunächst in Vertretung des aus dem Ministerium des Innern übernommenen, später erkrankten und bald darauf verstorbenen Geheimen Obermedizinalrats Moell. Im Herbst 1919 erhielt der neue Referent, der Vizepräsident und sozialdemokratischer Mitglied der Preussischen Landesversammlung ist, vom Minister für Volkswohlfahrt den Auftrag, einen Jrenrechtsgesetzentwurf, der die vielbesagten Jrenhaus- und Jrenrechtswesen möglichst beseitige, zustande zu bringen. Diese schwierige Arbeit wurde unter Heranziehung führender Jrenrechtsexperten, Juristen und Juristen so schnell erledigt, daß der Gesetzentwurf seit fast Jahresfrist fertig im Wohlfahrtsministerium liegt. Dann aber ist die Sache nicht mehr von der Stelle gerückt. Wo liegen die Widerstände? Etwa auch bei Herrn Krohne, dessen Verhalten in der Gebammenhänge zu einem offenen Mißtrauensvotum in der Landesversammlung führte? Sind etwa die Einflüsse der Gegner einer Jrenrechtreform im freibürgerlichen und sozialistischen Sinne so groß geworden, daß der Referent und der zuständige Ministerialdirektor nicht die Macht haben, das parlamentarische Gesetzwerk an das Parlament zu bringen? Man hört schon von Vorwürfen aus der Öffentlichkeit gegen den Referenten und Abgeordneten wegen vermuteter Lässigkeit und unverantwortlicher Verzögerung. Im Laufe des vergangenen Jahres sind verschiedentlich Mitteilungen in die Presse gelangt, daß auch im Reichsministerium des Innern ein Jrenrechtsgesetzentwurf ausgearbeitet werde. Bei den Reichsbehörden schwebt diese Frage seit länger als vier Jahren. Den mehrfachen Beschlüssen des alten Reichstages, einen solchen Gesetzentwurf vorzulegen, ist nicht entsprochen worden. Auch jetzt deutet alles darauf hin, daß der Gesetzentwurf vom Reich vorläufig gar nicht zu erwarten ist. Das Reichsministerium des Innern soll immer nur das ihm seit Jahrzehnten von den Parlamenten und vom Reichstag massenhaft zugegangene Reformmaterial entgegengenommen und aufgestapelt, aber bis auf den heutigen Tag nichts ernstliches zur Vorlage eines Gesetzentwurfes getan haben. In dieser sorglosen Art darf es nicht weiter gehen, auch wenn wichtige andere Gesetzaufgaben drängen. Sollten etwa mit Rücksicht auf die unsichere innerpolitische Konstellation der Einzelstaaten im Verhältnis zum Reich zurzeit Bedenken gegen ein Reichs-Jrenrechtsgesetz bestehen, so hinderte doch nichts, den im Wohlfahrtsministerium ausgearbeiteten Entwurf zunächst für Preußen in kleinerem Maßstab zu lassen, wie ja auch Baden seit 1910 ein solches Landesgesetz hat. Auf der Grundlage des preussischen Landesgesetzes könnte dann später weitergebaut, vielleicht dieses sogar auf das Reich übernommen werden. Aber auch das ist jetzt verpakt!

## Die Wiener Konferenz.

Wien, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In der internationalen Konferenz sozialistischer Parteien nehmen 73 Delegierte teil, davon 10 deutsche Unabhängige. Im Namen der in Bern eingesetzten Kommission eröffnet

Friedrich Adler

die Konferenz mit dem Hinweis darauf, daß in Wien 1914 der Internationale Sozialistenkongress hätte zusammentreten sollen, und daß Wien die Stadt ist, in der das Verbrechen der Kriegsanstiftung begangen, im Auftrage der Habsburger das Ultimatum an Serbien verfaßt wurde. Adler begrüßt zunächst die serbischen Vertreter, wobei er die verbildete Haltung der serbischen Sozialdemokraten vom Krisenanfang an hervorhebt. Dann erklärt Adler: Wir wollen nicht die Division erwidern, als ob wir mit einem Schlag die Internationale wieder herstellen könnten. Die Konferenz ist keine Internationale im Sinne unserer Ideale, sondern ist der

besehene Versuch.

eine Internationale in der Zukunft herzustellen. Ebenso wie in Genf und in Moskau, ist hier ein Drittel des Weltproletariats vertreten. Man nennt uns häufig „das Zentrum“ — wir sind das Zentrum in dem Sinne, daß wir gleichmäßig entfernt sind von der linken Ungebild, die glaubt, daß der Wunsch nach der sozialen Revolution schon die Bürgerpflicht für den Sieg sei und dem skeptischen Ungeheuer, der aus der Unmöglichkeit des Sieges der sozialen Revolution in einer gewissen historischen Konstellation den Schluß zieht, daß die soziale Revolution überhaupt nicht möglich sei. — Adler wendet sich dann gegen den Ton, in dem Moskau über einen Richtungskommunisten spricht und sagt: Auch die

zweite Internationale sehen wir mit anderen Augen an, weil wir wissen, welche historische Mission sie erfüllt hat. Darauf begrüßt

Conguet

die Konferenz: Wir sind jetzt im Begriffe, das Kristallisationszentrum zu schaffen, auf das alle Sozialisten die größten Hoffnungen setzen. In Moskau herrscht Kasernenatmosphäre; tausende Sozialisten werden ausgeschlossen, während man Leute ruft, die keine Sozialisten sind, Anarchisten oder Nationalisten des Orients, deren Kampf befreit ist, deren Ziele aber mit dem Sozialismus nichts gemein haben. In London oder in Brüssel gibt es eine

## Organisation der Defakanz, die ihre Seele verloren hat

auf dem Felde des Krieges; sie hat das preisgegeben, was den Stolz der Sozialisten ausgemacht hat. Wir wollen die Lehre der Vergangenheit, die Lehre unserer großen Geister fortführen — den Geist pflegen, der Marx und Engels befeuerte, als sie die Erste Internationale schufen und Jules Guesde und Viktor Adler, als sie in Paris die Zweite Internationale gründeten.

Bürgermeister Reumann begrüßt die Konferenz im Namen der Mehrheit der Bevölkerung Wiens.

Lopalowicz, Belgrad dankt für die Begrüßungsworte Adlers an die Serben. Nach Einsetzung einer Mandatsprüfungskommission wird die Sitzung auf morgen vertagt.

Wir werden zu den Verhandlungen nach ihrem Abschluß Stellung nehmen.

## Tschechisch-deutsches Wirtschaftsabkommen.

Prag, 22. Februar. (Eigener Bericht des „Vorwärts“.) Dem „Gas“ erklärte der tschechische Außenhandelsminister Dr. Schuster über seine Verhandlungen in Berlin: Man kann sagen, daß in allen Hauptpunkten ein Ueberabkommen getroffen wurde. Die Verhandlungen gaben den Antrieb zu gegenseitigen Vereinbarungen in den Industriezweigen. Von größter Wichtigkeit ist die Vereinbarung in der chemischen Industrie, welche in beiden Staaten an Ueberproduktion leidet. Trotzdem haben die Deutschen die Einfuhr einer ganzen Reihe unserer Artikel konzessiert. Die Verhandlungen betrafen hauptsächlich die administrative Regelung der Ein- und Ausfuhr, wurden von Deutschland konziliant geführt und waren von dem Bestreben geleitet, daß ein Abkommen getroffen und ausgebaut werde.

Ueber die Verhältnisse in Deutschland äußerte sich Dr. Schuster: Im ganzen herrscht in Deutschland eine große Arbeitslosigkeit und Krise, die sich natürlich von Zeit zu Zeit ändert. Die Regierung betreibt, unterstützt von der öffentlichen Meinung, eine sehr zielbewusste Industriepolitik. An die Befestigung der Außenhandelskontrolle wird nicht gedacht, und die von den Unternehmern und Arbeitern vertretene Industrie hat einen überaus starken Einfluß auf die Ein- und Ausfuhrpolitik. Die Produktion in den Bergwerken und Fabriken steigt, sowohl bei der Tages- als auch bei der Akkordarbeit. Interessant ist, daß sehr viele Betriebsräte volles Verständnis für die Bedürfnisse der Betriebe und ihrer Industriezweige zeigen, so daß viele Industrielle die harmonische Zusammenarbeit mit den Arbeiterräten loben und von diesen die Betriebsdisziplin unterstützt wird.

## Polnisches Mißgeschick.

Oppeln, 22. Februar. (W.B.) Die Kriminalpolizei hat eine Fälscherzentrale für Legitimationsarten aufgebrochen. Als Haupt der Gesellschaft wurde der Photograph Kolott festgenommen. In seinem Besitz befanden sich zwölf gefälschte Legitimationsarten, die mit dem Stempel „Polizeiverwaltung Oppeln“ versehen waren. Kolott verkaufte die gefälschten Karten an Leute, die sie für die Besonda Postkauf auskauften. Seine Braut, in deren Besitz sich ebenfalls eine Anzahl gefälschter Legitimationsarten befanden, wurde ebenfalls verhaftet.

## Die Teschener Grenze.

Warschau, 22. Februar. (G.) Die Grenzkommission der Entente hat sämtliche Vorschläge Polens in der Tschechoslowakei zur Neuorganisation der Teschener Grenze (die mitten durch Gemeinden geht) abgelehnt und die Entscheidung über das Teschener Gebiet vom 28. Juni v. J. bestätigt.

## Moskauer Kurierexport.

Riga, 22. Februar. (G.) Die estnische Regierung teilt mit, daß vom 6. April bis zum 31. Dezember 1920 aus Sowjet-Russland über Estland 1620 „diplomatische Kurier“ nach dem Westen, hauptsächlich nach Skandinavien und Deutschland vertrieben sind. In der gleichen Zeit sind über Estland nach Sowjet-Russland 587 „diplomatische Kurier“ zurückgeführt, so daß über 1000 im Auslande verblieben sind. Nach der Meinung der estnischen Presse sind diese „diplomatischen Kurier“ bolschewistische Agitatoren.

Draufschische Justiz in Wilhelmshaven. Das Schwurgericht in Wilhelmshaven verurteilte nach zehntägiger Verhandlung 16 Personen aus Wilhelmshaven und Umgegend zu Gefängnisstrafen von zwei bis sieben Monaten. Die Verurteilten, unter denen sich fünf Frauen befinden, hatten sich im Juni vorigen Jahres an den damaligen „Zwangslager“ beteiligt bzw. waren als „Rädelsführer“ aus einer Schar von vielen Hunderten herausgegriffen worden. Ein kleinerer Teil ist bereits durch das Schwurgericht zu weit milderen Strafen verurteilt worden. — Das Volksgericht erteilte wenig Verständnis für die seinerzeit aus elementarster Not herausgebrochene Aufstehung der minderbemittelten Bevölkerung gegen den Hunger in den Bekleidungs- und Lebensmittelgeschäften.

Disziplinerverfahren beantragt. Der sozialdemokratische Polizeidirektor der Stadt Halle, Böhm, hat das Disziplinerverfahren gegen sich bei der Regierung in Verleumdung beantragt. Böhm war von deutschnationaler Seite u. a. beschuldigt worden, während des Dienstes Agitation für seine Partei innerhalb der Polizeiverwaltung gebildet zu haben.

Agrarische Gesetzesumgebung. Der preussische Landwirtschaftsminister weist in einem Erlaß darauf hin, daß anlässlich des letzten Landarbeiterstreiks im Bezirk Straßburg festgestellt worden ist, daß in den landwirtschaftlichen Privatbetrieben die Wahlen von Betriebsräten noch nicht überall eingeleitet sind. Der Minister ordnet daher an, daß damit unverzüglich dort begonnen wird, wo nach dem Betriebsrätegesetz die Errichtung einer Betriebsvertretung notwendig ist. Die Landräte sind zur Berichterstattung über die Zahl der in Betracht kommenden landwirtschaftlichen Privatbetriebe und über die Zahl der in jedem von ihnen tätigen ständigen Arbeitnehmer aufgefordert worden. Der preussische Landwirtschaftsminister hat ferner auch für die sämtlichen anderen Regierungsbezirke außer Straßburg eine Nachprüfung darüber angeordnet, ob die Betriebsvertretungen überall vorhanden sind.

Das neue amerikanische Einwanderungsgesetz. Mit 51 gegen 2 Stimmen hat der amerikanische Senat den Gesetzentwurf Dillinghams angenommen. Die neue Bill schreibt vor, daß die Zahl der jährlich zuzulassenden Einwanderer für keine Nationalität 3 Proz. der Zahl überschreiten darf, die ihre bereits in den Vereinigten Staaten wohnenden Staatsgenossen ausmachen.



# Gewerkschaftsbewegung

## Die Arbeitslosigkeit steigt weiter.

Trotz aller Gegenmaßnahmen hat die Erwerbslosigkeit im Monat Januar nach einer durch WTB verbreiteten Meldung eine weitere ganz bedeutende Zunahme erfahren. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger allein ist von 335 000 auf 357 000, die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen von 410 000 auf 432 000 gestiegen. Im Zusammenhang mit dem Anwachsen der männlichen Erwerbslosen ist auch die Zahl der unterstützten Familienangehörigen erheblich, nämlich von 457 000 auf 495 000 gestiegen. Berücksichtigt man, daß infolge der Beschränkungen, die für die Gewährung der Erwerbslosenunterstützung bestehen, nach den bisherigen Schätzungen nur etwa die Hälfte der tatsächlichen Erwerbslosen die Unterstützung erhalten, so dürften zurzeit etwa 2 Millionen Menschen in Deutschland das gewohnte Arbeitseinkommen entbehren. Hierzu tritt die Zahl der Kurzarbeiter, d. h. der aus Mangel an Arbeitsgelegenheit nur verkürzt beschäftigten und entlohnten Arbeiter, die nach den vorliegenden Teilstatistiken auf die doppelte Zahl der Erwerbslosen geschätzt werden muß. Es muß also angenommen werden, daß etwa 10 Proz. der deutschen Gesamtbevölkerung vollständig oder in einem wesentlichen Teil von der Arbeitslosigkeit betroffen sind.

## Achtung, Arbeitslose!

In der „Roten Fahne“ und „Freiheit“ vom 19. Februar (Abendausgabe) werden von einem sogenannten Reichsverbandes Ausschuss für Ende dieses Monats Wahlen von Arbeitslosenräten für Groß-Berlin angekündigt. Wir machen darauf aufmerksam, daß es sich bei diesen Wahlen nur um die unorganisierten Arbeitslosen handelt. Für die gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen sind bereits die Arbeitslosenräte gewählt. Ihre Anerkennung beim Magistrat möchte bisher Schwierigkeiten, weil von unersetzlicher Seite durch Quereingriffe immer wieder verhindert wurde, die von den Gewerkschaften gewählten Arbeitslosenräte in Funktion treten zu lassen.

## „Arbeiterrat brauchen wir nicht!“

Bei der Altmetallhandlung L. u. W. Höller, Strothamer Allee 20, sind die „herlichen wübelmühsamen Zeiten“ bereits wieder angebrochen. Vom Währungsnotstand hat man dort noch nichts gehört. Es wird eben gearbeitet, solange es dieser Deutschnationale für gut befindet. Demobilisierungsverordnung, Betriebsratsgesetz, Reichsversicherung und ähnliche schöne Sachen haben für diesen Betrieb keine Gültigkeit.

Um das auch den Arbeitern so recht zur Kenntnis zu bringen, erliehe die Firma folgende „Verordnung“:

„Möglichkeit von Fünftagenarbeitslohn ist bei uns keine Rede! Kommunistische oder bolschewistische Gesinnung oder Bekehrung bei sofortiger Entlassung verboten! Ebenso Verpöndung von Verband oder Beitritt mit Drohung ein für allemal. Nach dem Verband richten wir uns nicht. Wir zahlen Lohn jedem nach seinen Leistungen, denn wir verlangen eine Vorlegung von Unterlagen von dreijähriger Lehrtätigkeit in diesem Fache. Betriebsrat sind wir selbst! Arbeiterrat brauchen wir nicht. Es werden noch mehr eingestellt bei verkürzter Arbeitszeit.“

L. u. W. Höller.

Die Unberücksichtigung dieser „Verordnung“ wird nur gemildert durch das fächerliche Gauderwisch. Den Gewerbeinspektor und die „objektive Behörde“ fragen wir aber, ob sie sich diesen Betrieb nicht einmal näher ansehen wollen.

## Lohnabbau im Saarbergbau.

Wie der Saarbrücker Berichterstatter der Dena erzählt, geht auch die französische Saarbergbauverwaltung mit dem Plane der Lohnreduzierung um. (Die Schieferindustrie hat bereits in gleicher Absicht den Anfang Dezember mit den Arbeitnehmerverbänden abgeschlossenen Tarifvertrag gekündigt. Die Ueberfüllung der Galden hat die Bergwerkdirektion seit dem 31. Januar zum Einlegen von fünf Forderungen veranlaßt. Für diese verlangen die Bergleute Entschädigung in Höhe von 50 Proz. des Lohnes, eine Forderung, der wohl kaum Erfüllung winkt. Forderungen und Lohnabbau im Bergbau, dazu Lohnreduzierung und Arbeiterentlassung in der Gürtelindustrie bei kaum merklichem Abbau der Lebenskosten, der zudem durch die neueste

Schwächung der Mark wieder in Frage gestellt ist, eröffnen keine rosigeren Perspektiven für den Wirtschaftsfrieden des Saargebietes in den bevorstehenden Wochen.

Eine Landeskonferenz der badischen Ortsauschüsse des A.D.G.B. tagte am 18. und 19. Februar in Offenburg. Robert Mannheim referierte über Betriebsratsfragen und wandte sich mit aller Schärfe gegen die kommunistischen Zellen und die Zerstörer der Einheitsfront der Gewerkschaften. Unter voller Zustimmung der Konferenz forderte er den Ausschluß derer, die sich zur Aufgabe machen, die Gewerkschaften zu zerstören.

## Betriebsräte!

Am 3. März, abends 6 Uhr, findet die Generalversammlung der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Wirtschaftsbezirk Berlin, in Miems Festhale, Sagenheide, statt.

Z Tagesordnung: 1. Aufgaben und Arbeitsteilung der F.G.W. 2. Referat Emil Barth. 3. Diskussion. 4. Bestätigung der Sekretäre. 5. Vorliegende Anträge.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin. Emil Barth. E. Guard.

Schlachtungsausschuss- und Innungsschiedsgerichts-Beisitzer, Donnerstag 6 Uhr in der Schulaula, Kopenplatz 12: Sitzung. Wir bitten die Kollegen, bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Ma. Ordostr. 10, Groß-Berlin. Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend.

Deutscher Eisenbahnerverband, Ortsgruppe Groß-Berlin. Die für Donnerstag angelegte Versammlung der Schmiecke findet auf Ersuchen der Brancheneitung erst in nächster Woche statt. Nähere Bekanntmachung erfolgt.

R. Stod u. Co., Warenstraße, C.P.D. Freitag 4 Uhr Versammlung aller Kollegen und Kolleginnen bei Anauer am Bohnbergweg Warenstraße, Erscheinen dringend notwendig. — Der Obmann.

Deutscher Transportarbeiterverband, Handelsreisende- und -arbeiterinnen der Gruppe II aus den Engrosbetrieben der Perlen-, Knaben- und Fischgeschäftszentren, Sammelabend, Theatervorstellung, sowie Berufsberatung, Donnerstag 8 Uhr bei Witt, Poststr. 20, Gruppenversammlung. — Textilbranche, Handelsreisende, -arbeiterinnen, Fuhrermoderierinnen, Donnerstag 6 Uhr im Preussener Hof, Besondere Sitz- u. Fremdenversammlung. — Feinweberei, Papierindustrie, Druckerei, und Strohwarenherstellung, Mittwoch 7 Uhr Mittelbergsammlung, Müllerstraße, Keller-Wilhelm-Str. 11. — Briefumschlag, Papierausstattung, Turnspiegel, Mittwoch 6 1/2 Uhr Mittelbergsammlung, Verbandsbüro, Belle-Alliance-Str. 710. — Einzelhandel: Donnerstag 7 1/2 Uhr Funktionsversammlung, Doppeleisenstraße, Neusiedelstraße 15. — Verband angeheuerter, Donnerstag 7 1/2 Uhr Mittelbergsammlung, Sophienstraße, Sophienstr. 17/18.

# Wirtschaft

## Die entseffelte Privatinitiative.

Vor kurzem haben die amerikanischen Eisenbahnunternehmer die eigenen Reparaturwerkstätten geschlossen und 30 000 bis 50 000 Mann ausgesperrt. Die Reparaturen werden, so berichtet die F.P., in ausserbetriebenen Betrieben vorgenommen. Infolgedessen muß für die Ueberholung einer Lokomotive statt 4—5000 Dollar 18—20 000 Dollar bezahlt werden. Von wem? — Selbstverständlich von der Allgemeinheit! Das geht so zu: Während des Krieges waren bekanntlich die Eisenbahnen vom Staat verwaltet und die Privatgesellschaften offiziell ausgeschaltet. Technische und geschäftliche Leitung der Eisenbahnen allerdings blieb in den Händen der Direktoren und höheren Angestellten der Gesellschaften. Diese angesehene Diener des Kapitals haben offenbar ihre Aufgabe darin, die Unzulänglichkeit der staatlichen Verwaltung darzutun. Das gelang natürlich, und nach Kriegsende wird daraus die entsprechende Schlussfolgerung gezogen: Rückgabe der Eisenbahnen an die Aktienbesitzer, Verpflanzung der Regierung, alle während der staatlichen Verwaltung entstandenen Schäden zu ersetzen und für bestimmte Zeit staatliche Garantierung eines festen Dividendenzinses, damit die Betriebe ohne Schaden für die Aktienbesitzer „sanfter“ werden können. Nunmehr ventieren selbstständig die Bahnen. Personentariife und vor allem Frachttarife wurden zu schwindelnder Höhe hinaufgetrieben. Die Farmer jammerten, weil sie die Frachtkosten tatsächlich nicht mehr ertragen konnten. Die Konsumenten hungerten bei allem Ueberfluß, weil in der Folge die Agrarprodukte immer teurer wurden. Die Profite aber — in der kapitalistischen Wirtschaft das einzig anerkannte Zeichen für die Rentabilität — stiegen und stiegen immer höher.

Mit dem neuen aber erwähnten Trick schlagen die Eisenbahnmagnaten zwei Fliegen mit einer Klappe. Die ausgesperrten Arbeiter müssen, um nicht zu verhungern, Arbeit in den ausserbetriebenen Reparaturwerkstätten zu den Bedingungen des sogenannten „open shop“ annehmen, d. h. auf das Koalitionsrecht verzichten.

Da — und so wird die zweite „Alliege“ geklappt — die Reparaturgesellschaften zum größten Teil von den Eisenbahngesellschaften finanziert sind, fließen die riesigen Werkkosten, die ja der Staat zu bezahlen hat, wieder als Dividende in die Taschen der Unternehmer, die den Gemeinbesitz so in trefflicher Weise „vergesellschaften“, sich als Retter aus der Not feiern lassen.

## Kohlenüberschuß in Belgien.

Brüssel, 22. Februar. (Holländisch Neuwisbureau.) Verschiedene Kohlengruben im Borinage und in der Nähe von Büttich haben wegen finanzieller Schwierigkeiten die Ausbeutung der Gruben stillgelegt. Mehrere hundert Angestellte sind entlassen worden. Es herrscht unter den Entlassenen die Meinung, die Gruben zu besetzen, und man versuchte bereits in der Nähe von Büttich, sich der Gruben zu bemächtigen. Am letzten Augenblick konnte die Polizei dies aber verhindern.

Zur Förderung des Baugewerbes. Zur Behebung der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe haben, wie das „Leipziger Tageblatt“ meldet, das Reich und der Staat dem Rate der Stadt Leipzig etwa zwei Millionen Mark aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung gestellt.

Lehrgang für Wollkunde. Für die Beamten der Landwirtschaftskammern wird der preussische Landwirtschaftsminister in der ersten Hälfte des April einen Lehrgang für Wollkunde abhalten lassen, um ihre praktischen Kenntnisse auf diesem Gebiete zu vervollständigen. Der Lehrgang findet in den Sortierräumen der Wollmüllerei und Kammerei in Hannover-Döhren statt, die für den Zweck auch ihr bestgeeignetes Sortierpersonal zur Verfügung stellt. Nach einleitenden Referaten erfolgt für die Kursteilnehmer die praktische Arbeit am Wollsortierstuhl, die während der fünf- bis sechstägigen Dauer des Kurses an insgesamt sechs Vor- und Nachmittagsstunden vorgenommen wird. Abends finden zwanglose Besprechungen über allgemeine Fragen der Schafzucht und Wollkunde statt. In diesen Besprechungen kann aus jedem Kammerbezirk ein Beamter teilnehmen. Anmeldungen müssen bis zum 10. März an das Landwirtschaftsamt Leipzig eingereicht werden.

## Aus der Partei.

Ein Konflikt in Frankreich. In der letzten Sitzung der französischen sozialistischen Partei wurde der Abgeordnete Albert Thomas aufgefordert, entweder das Abgeordnetenmandat oder den Posten des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, das in Frankreich von den Sozialisten als kapitalistisches Organ betrachtet wird, niederzulegen. Albert Thomas ist entschlossen, der Aufforderung nicht Folge zu leisten, da er sowohl bei seinen Wählern wie auch bei den Gewerkschaften, die in der Amsterdamer Internationale vertreten sind, völliges Vertrauen genießt.

## Soziales.

### Produktive Erwerbslosenfürsorge im Vogtland.

Im Not und Arbeitslosigkeit in dem besonders schwer leidenden Vogtland zu mildern, will man, wie die „Frl. Jtn.“ meldet, mit beträchtlichen Staatsmitteln dort neue Erwerbszweige einzubürgern versuchen. Ein demokratischer Antrag verlangt zum Zwecke der Einführung neuer Industrien aus Reichsmitteln und für produktive Erwerbslosenfürsorge langfristige und gering verzinsliche Darlehen und aus sächsischen Staatsmitteln 20 Millionen Mark für Kulturzwecke.

Rezeptionsstelle für den rebalt. Zell: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Krystall: Dr. W. W. Berlin. Verlag: Bornheim-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags-Druckerei u. Verlagsbuchhandlung Carl Eppert u. Co., Berlin, Unterstr. 2. Hierzu 1 Blatt.



Qualen Dich die MÖHNEN, muss Du KUKIROL gebrauchen.

**Rukirol** beseitigt schnell, sicher und schmerzlos MÖHNEN, Hornhaut, Schwielen und Warzen. Schachtel M. 1.- In Apotheken u. Drogerien erhältlich.

# Mingol

Tabletten schützen vor Husten, Heiserkeit, Erkältung. Erhältlich in den Apotheken und Drogerien.

H. von Gimborn - A. G. Ermerich / Rhein

Kriegsanleihe wird zu 24 % in Zahlung genommen!

# Seltene Gelegenheitskäufe!!

Entzückende Peizmäntel Jetzt 2000, 3000, 4000, 5000 sonstige Preise weit über das Doppelte!

Plüschmäntel jetzt 590, 975 Astrachanmäntel <sup>1925 cm lang</sup> jetzt 350 Ulster . . . jetzt 135, 210 Impr. Soldatenmäntel / jetzt 250

Flotte Frühjahrs-Modellkostüme 325, 450, 675, 950, 1200

Covertcoatmäntel, Frühjahrsneuheiten 250, 375, 525, 712

Stoffröcke von . . . 44—250 Sportjacken . . . 44—260

Gesellschaftskleider 295—800 Gummiabmal für Damen 395—550

Einsegnungsgekleider von . . . 165 an Gummiabmal für Herren 450—825

# Westmann

1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstrasse 37a 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

**Persil**

wäscht  
schneeweiß,  
ersetzt Rasenbleiche,  
schont und erhält  
die Wäsche,  
spart Arbeit  
Seife u. Kohlen.  
Bestes und billigstes  
selbsttätiges  
Waschmittel

Preis Mk. 4.— das Paket

Henkel & Cie.,  
Düsseldorf.

Prozesse, Rat, Bestand, mäßige Preise, Teilzahlung, Ebe., Alimenter-, Stral-, sachen, Steuern, Gnadenpesuche. Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach, Gesellschaft m. b. H. Alexanderstraße 48 (am Alexanderplatz, gegenüber Tietz) (9-47) Glänz. Erfolge! Beobacht. Teil: Köln-Str. 35/36

**Eichenbrennholz**  
p. Rmtr. 120.—, Kletern p. Rmtr. 135.— frei Kottler, ostentorrig zerklüftet, liefert sofort  
**Holz- und Kohlenhandlung Hans Wilhelm**  
Schleierstraße 22/24 — Npl. 145/2

## Konkurrenzlose Preise!

**Fahrradreifen** Prima Gummi 28 x 1 1/2, von 48.— M. bis 125.— M.  
**Garantiereifen** . . . . . von 70.— M. an  
**Gebirgsreifen**, prima . . . . . 80.— M. (1 Jahr Garantie)  
**Fahrradschläuche**, la Gummi . . . 16.<sup>00</sup> M. bis 20.— M.  
Karbon Oel

Autoreifen- und Fahrrad-Haus „**Nord-Ost**“ Berlin, Elsassstr. 89 am Rosenthaler Tor

## Patent- u. Gebrauchsmuster-Messe

(Kollektiv-Ausstellung des Allgem. Erfinder-Verbandes E. V., Sitz Berlin) auf der

### Allgemeinen Muster- und Technischen Messe

6.—12. März 1921 in Leipzig 6.—12. März 1921

Wir laden hiermit den gesamten Handel und die Industrie des In- und Auslandes zum Besuch unserer Messe-Ausstellung ein.  
Die Zahl der auf unserer Ausstellung zur Vorführung gelangenden Erfindungen (Modelle und Zeichnungen) und patentamtlich geschützten Neuentwürfe aller Art dürfte außerordentlich groß sein.  
Fast alle Patentklassen und damit fast alle Erwerbs- und Industriezweige werden vertreten sein und Zeugnis ablegen von dem Wirken des deutschen Erfindungsgeistes.  
Unsere Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände umfaßt in Halle VIII die Stände 322—326 und 340—351 und hat einen Flächenraum von 111 Quadratmetern, welcher nach zwei Seiten eine Front von je 15 Metern aufweist.  
Kleinere Ausstellungsplätze von 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6 qm sind noch zu vergeben.  
Wegen Beteiligung verlange man einen Prospekt von der  
**Geschäftsstelle des Allgem. Erfinder-Verbandes E. V.**  
Berlin W. 50, Ansbacher Straße 28. 950